ERSCHEINUNGSORT WIEN/P.B.B./VERLAGSPOSTAMT 1150 WIEN

NUMMER 10-12 1998, 15 SCHILLING

DER SOZIALDEMOKRATISCHE KÄMPFER

1934 – 1945

ZEITSCHRIFT DES BUNDES SOZIALDEMOKRATISCHER FREIHEITSKÄMPFER UND OPFER DES FASCHISMUS

Der Kampf, der niemals endet

Im Zeichen der 50jährigen Wiederkehr seiner Gründung stand die Bundeshauptversammlung 1998 des Bundes Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer und Opfer desr des Faschismus am 27. und 28. November im Bildungszentrum der Wiener Arbeiterkammer.

Tagungspräsidium: Ströer, Nedwed, Faderny, Kaiser, Spiess, Gruber

Der erste Tag war den Berichten, der Neuwahl des Bundesvorstandes und der Abstimmung über Anträge und Resolutionen gewidmet, der zweite einer Festveranstaltung.

Bundesvorsitzender Alfred Ströer konnte unter den Ehrengästen unter anderen den "Hausherrn" Arbeiterkammerpräsident Herbert Tumpel, den SPÖ-Bundesgeschäftsführer Andreas Rudas und den Leiter des DÖW Dr. Wolfgang Neugebauer begrüßen. Tumpel erinnerte in seiner Begrüßungsansprache daran, daß sich das Veranstaltungsgebäude auf den ehemaligen Rothschild-Gründen befindet. Die Nazis richteten hier die sogenannte "Zentralstelle für jüdische Auswanderung" und eine SD-Dienststelle ein, in der auch gefoltert wurde. Die schwer bombengeschädigten Gebäude wurden von der Arbeiterkammer erworben. Diese Schreckenszeit darf sich nie mehr wiederholen, deshalb müssen auch heute alle Ansätze der Unmenschlichkeit im Denken, muß jede Fremdenfeindlichkeit bekämpft werden – der Bund der Freiheitskämpfer sei dafür ein notwendiger Mahner.

Andy Rudas dankte im Namen der gesamten sozialdemokratischen Bewegung unserem Bund für seine Arbeit. Auch er, so erinnerte er, sei wie viele andere Jugendfunktionäre durch die Schule so bedeutender Freiheitskämpfer wie Rosa Jochmann und Josef Hindels gegangen, die ihnen die unantastbaren Werte der Sozialdemokratie, die auch im neuen Programm wieder festgeschrieben sind, vermittelten. Dieses neue Programm zeige zugleich, daß die Partei bei Beibehaltung ihres Wertesystems bereit ist, neue Wege zu gehen, die auch aus dem neuen Jahrhundert ein sozialdemokratisches machen werden. Die Freiheitskämpfer werden für die Partei stets ein Beispiel dafür sein, wie Menschen auch unter härtestem Druck, ja selbst unter Einsatz ihres Lebens die humanen Werte unserer Bewegung nicht preisgegeben haben.

Bundesobmann Ströer verlas dann den Brief, den Bundeskanzler SPÖ-Vorsitzender Viktor Klima, der auf Auslandstour durch die EU-Länder war, an unseren Bund gerichtet hat (siehe gesonderten Beitrag). Der stellvertretende Vorsitzende Ing. Ernst Nedwed erläuterte den in den Unterlagen zur Hauptversammlung ausführlich dargelegten Tätigkeitsbericht des Vorstandes, wobei er insbesondere auf die Diskussionen über die Wehrmachtsausstellung, das Mauthausengedenken und den permanenten Kampf gegen Rechts verwies. Eine weitere Aufgabe ist die internationale Solidarität, z. B. eine Demonstration für die Auslieferung von Pinochet unter Beteiligung der Freiheitskämpfer.

Der Vertreter des Sozialministeriums, Dr. Kurt Wegscheidler, informierte ausführlich über die Leistungen der Opferfürsorge (eine Zusammenfassung seiner Ausführungen an anderer Stelle). Nach der Neuwahl des Bundesvorstandes (Ergebnis im Kasten)

Die mit der Otto-Bauer-Plakette Ausgezeichneten (v.l.n.r.): Rudolf Gelbard, Maria Kaiser, Hans Pawlik, Fritz Pillwein, Manfred Scheuch, Ernest Pollak,

wurde ausführlich jener Antrag zur Statutenänderung behandelt, der auch eine Namensänderung in "Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer, Opfer des Faschismus und aktiver Antifaschisten" vorsieht (siehe gesonderten Beitrag). Dieser Antrag wurde ebenso wie die Resolution der Salzburger Freiheitsklämpfer, die die Aufstellung des Mahnmals für die von den Nazis ermordeten Eisenbahner vor dem Bahnhofsgebäude urgierten, einstimmig angenommen.

Die Bundesversammlung stimmte dem Vorschlag des Vorstandes zu, Leo Lesjak und Stefan Billes zu Ehrenmitgliedern zu ernennen. Die Auszeichnung unseres Bundes für besonderen Einsatz gegen Faschismus, Rechtsextremismus und Rassismus wurde diesmal folgenden Personen verliehen: Rudolf Gelbard, Josef Hesoun, Eleonore Hostasch, Maria Kaiser, Hans Pawlik, Fritz Pillwein, Ernest Pollak, Alice Rusz, Manfred Scheuch und Karl Steinocher. Am Abend dieses Tages wurden die Delegierten zu einem Empfang ins Wiener Rathaus gebeten.

Die Festveranstaltung am folgenden Samstag wurde von einem Konzert des Ensembles "Scholem Alejchem" eingeleitet, das mit seinen ergreifenden jiddischen Liedern und Musikstücken aus der schwersten Zeit des von Hitler zur Ausrottung bestimmten europäischen Judentums nicht nur Trauer, sondern auch die unsterbliche Hoffnung der Kämpfenden und Leidenden vermittelte.

Als Ehrengäste konnte Bundesvorsitzender Ströer an diesem Tag Nationalratspräsidenten Dr. Heinz Fischer, Bundesministerin Eleonore Hostasch, Nationalratsabgeordnete Dr. Elisabeth Pittermann, den Vorsitzenden des DÖW Hubert Pfoch und den Obmann des Vereins für Geschichte der Arbeiterbewegung Fritz Marsch begrüßen. Die Sozialministerin dankte den Opferverbänden dafür, daß sie durch ihren Kampf für Recht und Gerechtigkeit die so notwendige Forderung "Niemals vergessen" mit Leben erfüllen. Heute gebe es zwar in unserem Land keine politische Verfolgung mehr, doch müsse Tendenzen entgegengetreten werden, die mit Fremdenfeindlichkeit und Diffamierungen wieder Haß in die Politik tragen. Gegenüber den Opfern des Faschismus habe die Republik seit jeher durch ihre Gesetzgebung Verantwortung gezeigt, und dabei bleibe es auch weiterhin.

Fischer: Alte Werte, neue Wege

Rudas: Beispiel für diePartei

Liesl Pittermann mahnte, Anzeichen nicht zu übersehen, daß Antisemitismus wieder salonfähig werde; auch als "Antizionismus" sei er nicht zu akzeptieren – nach den Erfahrungen der Juden in diesem Jahrhundert habe niemand das Recht, ihnen vorzuschreiben, was sie für ihre Sicherheit für richtig halten. Sie unterstrich die nach Vranitzkys erstmaligem Schuldbekenntnis für Österreich beschlossenen Maßnahmen wie den Nationalfonds, den Gedenktag am 5. Mai und das Kunstraubgesetz.

Nach dem Referat Alfred Ströers "Der Kampf, der nie zu Ende geht" zum 50jährigen Bestehen unseres Bundes (siehe gesonderten Artikel) hielt Heinz Fischer seinen Festvortrag "Die Sozialdemokratie auf dem Weg ins 21. Jahrhundert." Im Hinblick auf das neue Parteiprogramm meinte Fi-

Josef Hesoun,

Eleonore Hostasch

scher, daß die Sozialdemokratie viel gelernt habe. Sie ist nicht mehr der Ansicht, daß die gesellschaftliche Entwicklung nach einer Gesetzmäßigkeit ablaufe, deren Endziel die sozialistische Gesellschaft sei. Geschichte ist kein mechanisch ablaufender Prozeß, sie wird von Menschen gemacht, es gebe Wegkreuzungen, an denen Entscheidungen getroffen werden müssen. Wenn man sich frage, ob das wieder passieren könne, was unter dem Faschismus geschah, so lasse sich aus der menschlichen Natur nicht ableiten, daß dies nicht wieder passieren kann. Um so wichtiger ist, daß die Erfahrungen über die unmittelbar betroffenen Generationen hinaus weitergetragen werden. Dabei darf man freilich optimistisch sein, weil eine Reihe von Bedingungen, die in der ersten Hälfte des Jahrhunderts in die Katastrophen führten, heute nicht vorhanden sind. Und dafür hat die Sozialdemokratie gesorgt und wird weiter sorgen, daß solche Bedingungen nicht zustandekommen.

Zur Haltung der Sozialdemokraten zur Neutralität sagte Fischer: Seit mehr als 2000 Jahren werde das Wort "Wenn du Frieden willst, bereite Krieg vor" verwendet, und es hat sich immer wieder als falsch erwiesen. Daraus sollte endlich gelernt werden. Es gelte, bei den Ursachen anzusetzen, die zu Konflikten führen, und so, wie heute im innerstaatlichen Leben nicht mehr das Faustrecht gilt, müsse auch international eine neue Streitkultur aufgebaut werden, die Konflikte friedlich löst. "Unser Parteiprogramm hat eine Schneise in diese Zukunft geschlagen. Wir wissen, wohin der Weg gehen soll und wohin er nicht gehen darf".

Mit dem gemeinsam gesungenen "Lied der Arbeit" und der "Internationale" endete die würdige Festversammlung. ■

Wir gratulieren:

Zum 101.Geburtstag: Juliane Adelpoller, Wien. **98. Geburtstag:** Michael Konrad, Gratkorn; Johann Liebl, Graz; Hermine Swidetzky, Wien. **97. Geburtstag:** Gustav Scholze, Weiz; Josefine Hollaus, Wien. **96. Geburtstag:** Julius Philipp, Graz; Leopoldine Pfeiffer, Groß-Siegharts; Emmerich Amsuess, Loosdorf; Karl Schneidhofer, Mödling; Maria Mosch, Wien. **95. Geburtstag:** Johann Königsecker, Freistadt; Franz Pfannhauser, Wr. Neustadt; Wilhelm Drechsler, Marie Kump, Wien. **94. Geburtstag:** Magdalena Horvath, Neusiedl am See; Käthe Jonas, Emilie Kohl, Theresia Lindner, Leopoldine Moser, Rudolf Zwieauer , alle Wien. **93. Geburtstag:** Alexander Blum, Elisabeth Schmutzenhofer, Anton Zacek, alle Wien. **92. Geburtstag:** Franziska Music, Linz; Rupert Saler, Rosenau; Franz Buczolich, Maria Eineder, Stefanie Weisz, alle Wien. **91. Geburtstag:** Wilhelm Köchl, Völkermarkt; Luise Bermann, Wr. Neustadt; Maria Dexinger, Anna Hain, Franz Kapeller, Melanie Luersen, Hermine Pomp, Ing.Erwin Racek, Josefine Vlach, Helene Zauner, alle Wien. **90. Geburtstag:** Maria Tenze, Gleisdorf; Hedi Stern, Graz; Maria Meerkatz, Hohe Wand-Stollhof; Anna Waldeck, Lienz; Sophie Lederer, Schwechat; Hermine Bayer, Ernst Gartlgruber, Johann Keller, Theresia Kickinger, Dr. Ella Lingens, Ernest Pollak, Rosa Pongratz, Franz Praser, Franz Wrba, alle Wien. **85. Geburtstag:** Ida Nager, Gratkorn; Ernst Pockstaller, Graz-Straßgang; Maria Haas, Anton Schaeppi, Innsbruck; Amalia Weichselbaum, Kammern; Theresia Haslhofer, Kapfenberg; Karl Csmaris, Klingenbach; Franz Dosza, Mödling; Othmar Müller, Möllbrücke; Johann Estermann, Neunkirchen; Karl Reinthaler, Saalfelden; Anny Binder, Franziska Dobricky, Josef Horvath, Emma Kuba, Anton Preininger, Josef Prohaska, Friedrich Tringler, alle Wien. **80. Geburtstag:** Valerie Griesmayer, Baden; Luise Schöpf, Innsbruck; Stefanie Friesenecker, Kittsee; Rosa Dietrich, Riegersburg; Prof.Reg.Rat Georg Kopp, Karl Pfeiffer, Salzburg; Wilhelm Gaida, Karl Konrad, Heinrich Müller, Margarete Prenner, Karl Sarsoun, Maria Szoelloesi, alle Wien. **75. Geburtstag:** Franz Sauerzapf, Forchtenstein; Rudolf Schilhan, Gänserndorf; Anna Probst, Hornstein; Gertrude Brunner, Kapfenberg; Herbert Eisenhut, Leoben; Maria Abel, Ottilie Koppensteiner, Linz; Bibiane Höfer, Tragoess; Frieda Bergmann, Arnold Biel, Karoline Fesl, Prof. Mag. Alice Fischer-Schlesinger, LhStv.a.D. Leopold Grünzweig, Karl Hirtenstein, Franziska Jelinek, Leopoldine Kozak, Herta Kratzer, BR.a.D. Hubert Melichar, Franz Mödlagl, Hermine Schütz, Luise Seitler, Anna Stricker, Gertrude Wald, Leopoldine Weissenberg, alle Wien.

Resolution

des Bundesvorstandes des Bundes Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus, beschlossen am 27. November 1998

Fünfzig Jahre ist es her, seit der Bund Sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus gegründet wurde. Der Bund hat in den vergangenen Jahrzehnten bewiesen, daß er zu einer wichtigen Interessensorganisation der Opfer des Austro-Faschismus und der Nazi-Gewaltherrschaft geworden ist.

Allein das Mitwirken unserer Funktionäre der ersten Stunde, wie Rosa Jochmann, Rudolfine Muhr, Karl Mark und Otto Skritek, um nur einige zu nennen, an der Beschlußfassung des Opferfürsorgegesetzes und der zahlreichen Novellen, ist ein Beweis für die politische Bedeutung unseres Bundes.

In den vergangenen Jahren hat unser Bund immer wieder seine Stimme gegen Neofaschismus, Rechtsextremismus und Antisemitismus erhoben. Insbesondere unser langjähriger Sprecher, Professor Josef Hindels, hat immer wieder diese Fragen in der Öffentlichkeit aufgezeigt und vor allem junge Menschen vor den Gefahren von Rechts gewarnt. Damit wurde auch wichtige Aufklärungsarbeit geleistet, lange bevor sich Medien, Wissenschafter und Politiker diesen Fragen verstärkt zugewendet haben.

Unser Bund ist stolz darauf, da er viele Jahre hindurch, bis heute, Zeitzeugen des antifaschistischen Widerstandes in seinen Reihen hat. Sie sind es, die unter der Jugend glaubwürdig Aufklärungsarbeit über die Diktatur der Austro-Faschisten und des Hitler-Terrors leisten.

Die Bundeshauptversammlung erinnert an den vom Nationalrat im Jahre 1995 errichteten Nationalfonds zugunsten der Opfer des Nationalsozialismus. Bisher wurden an mehr als einundzwanzigtausend Verfolgte, bzw. an deren Angehörige ein Betrag von je öS 70.000,- ausbezahlt.

Mit Genugtuung nimmt die Bundeshauptversammlung zur Kenntnis, daß die Vorschläge unseres Bundes und anderer Organisationen der SPÖ, in einem wichtigen Absatz des vor einigen Wochen am außerordentlichen Parteitag beschlossenen neuen Parteiprogrammes ihren Niederschlag gefunden haben.

Im Parteiprogramm heißt es dazu:

"Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus, die von nationalistischen und populistischen Kräften geschürt oder instrumentalisiert werden, bedrohen die Würde und Sicherheit der Menschen und sind daher eine Gefahr für das friedliche und demokratische Zusammenleben. Aufgrund unserer schmerzlichen historischen Erfahrungen sind wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten konsequente Antifaschisten, setzen uns für die Erfüllung des antifaschistischen Auftrages der österreichischen Bundesverfassung und damit für die entschiedene Bekämpfung aller neonazistischen und rassistischen Aktivitäten ein. Darüber hinaus treten wir allen menschenverachtenden, die Menschenrechte mißachtenden, autoritären Kräften ebenso entgegen, wie jeder Form des Fundamentalismus, mag dieser politisch, religiös oder anders motiviert sein."

Die Bundeshauptversammlung begrüßt und unterstreicht die Tätigkeit des Dokumentationsarchives des Österreichischen Widerstandes (DÖW), einer Gründung der Opferverbände. Die Aufklärungsarbeit und die wissenschaftliche Tätigkeit des DÖW sind unverzichtbar. Die Bundeshauptversammlung weist daher alle Angriffe auf das DÖW - die meist aus dem "rechten Eck" kommen - entschieden zurück.

Ein weiterer Erfolg im Bemühen, die Aufklärungsarbeit zu verstärken ist die Gründung des überparteilichen Vereines "Mauthausen Aktiv - Österreich" der sich für eine freie und demokratische Gesellschaft und für die Wahrung der Menschenrechte aller, unabhängig von ihrer Staatszugehörigkeit, politischen Gesinnung oder Religion zum Ziel setzt. Er tritt insbesondere für den Schutz der Minderheiten ein. Der Verein, eine Gründung des Österreichischen Gewerkschaftsbundes und der Österreichischen Bischofskonferenz, richtet sich entschieden gegen alle Arten von Faschismus, Rassismus, Neonazismus, Chauvinismus und Antisemitismus. In mehreren Veranstaltungen hat der Verein bereits bewiesen, daß er vor allem junge Menschen anzusprechen imstande ist.

Die Bundeshauptversammlung appelliert an alle gesetzgebenden Körperschaft, an die Bundesregierung und an die Landesregierungen, die Betreuung der Opfer des Nationalsozialismus und die Aufklärungsarbeit der Opferverbände weiterhin zu unterstützen.

60 Jahre nach der Machtergreifung der Nazis in Österreich, als die Verfolgung von politischen Gegnern, Juden und Minderheiten begann, mahnen die Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer: "Niemals vergessen - nie wieder Faschismus und Krieg".

Der neue Bundesvorstand

Bei der Bundeshauptversammlung 1998 wurde auch der Bundesvorstand der Freiheitskämpfer neu gewählt. Seine Zusammensetzung:

Vorsitzender: Ströer Alfred,

Stellvertreter: Gruber Karl, Inkret Fritz, Kaiser Maria, Nedwed Ing. Ernst.

Finanzreferentin: Slabina Herta, Stellvertreter: Brosch Hans.

Schriftführer: Schwantner Hannes, Stellvertreter: Lhotzky Peter.

Beisitzer/innen: Aufrichtig Julius, Brünnler Leopold, Danimann Dr. Franz, Datzberger Kurt, Exenberger Prof. Herbert, Gelbard Prof. Rudolf, Haring Heribert, Hofmann Ing. Fritz, Kohlbacher Dipl.Ing. Ali, Korcowicz Ernst, Lehner Ulrich Peter, Lesjak Leo, Liszka Bruno, Ludwig Dr. Michael, Oberbichler Hilde, Pawlik Hans, Pillwein Fritz, Rusz Alice, Sarközi Rudolf, Schranz Dr. Edgar, Spiess Gerti, Strobel Heinz, Waschek Hans, Wasserberger Gilbert, Weidinger Othmar, Wicher Ing. Josef.

Kontrolle: Faderny Walter, Frühauf Ernst, Gutleb Helga, Goldmann Eduard, Wurm Konrad.

Ehrenvorsitzende sind Erna Musik und Leo Mistinger

Neues Statut: Erweiterung der antifaschistischen Arbeit

Die Bundeshauptversammlung 1996 erteilte aufgrund von Anträgen des Landesverbandes Tirol und des Landesverbandes der Obersteiermark dem Bundesvorstand den Auftrag, die Statuten und den Namen des Bundes im Sinne einer Öffnung zur Gewinnung junger Menschen zu überarbeiten. Dies geschah in mehreren Sitzungen einer Reformkommission, bei denen verschiedene Vorschläge diskutiert wurden. Unter anderem wurden wieder Anträge der beiden Landesverbände gestellt, die darauf hinausliefen, die SPÖ-Mitgliedschaft als Bedingung für die Mitgliedschaft beim Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer aufzuheben. Schließlich befaßte sich der Bundesvorstand in einer Sitzung ausführlich mit den unterschiedlichen Standpunkten und empfahl einen Antrag, den der Vorsitzende der Antragsprüfungskommission, Ernst Nedwed, bei der Bundeshauptversammlung vorlegte. Er erläuterte die Schwerpunkte des neuen Statuts, die auch eine klarere Definition des Zwecks des Bundes und der Tätigkeit beinhalten. So heißt es einleitend: "Der Bund ist die Organisation der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer und der Opfer der faschistischen Regime aus der Zeit 1934 bis 1945 sowie der aktiven Antifaschisten der Gegenwart.".

In diesem Sinne wurde auch der Name des Bundes ergänzt, und zwar mit der folgenden Formulierung: "Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer, Opfer des Faschismus und aktiver Antifaschisten". Diese Ergänzung des Namens wurde notwendig, weil heute viele unserer Mitglieder nicht mehr zur Generation der Freiheitskämpfer aus den Jahren 1934 bis 1945 gehören, sondern "Nachgeborene" sind, die jedoch eine wichtige Arbeit im Kampf gegen Rechtsextremismus, Neofaschismus, Rassismus und Antisemitismus in der Gegenwart leisten. Bei diesen jüngeren Menschen wird auch in Zukunft der Schwerpunkt unserer Arbeit liegen, denn sie sind es, die die Stafette aufnehmen und den Geist des Widerstandes gegen jede Form eines neuen Faschismus weiterführen werden.

Daher heißt es auch im Statut: "Der Bund bezweckt, im Sinne der programmatischen Grundsätze der Österreichischen Sozialdemokratie die Umsetzung einer umfassenden Aufklärungs-, Bildungs-, und Öffentlichkeitsarbeit über die faschistischen Diktaturen und über die Verbrechen des Nationalsozialismus sowie die Bekämpfung der politischen Gefahren, die von Erscheinungen wie Neofaschismus, Rechtsextremismus, Rassismus, Nationalismus und Antisemitismus ausgehen".

Neu ist, daß auch Personen die der SPÖ nicht als Mitglieder angehören dem Bund als unterstützende Mitglieder beitreten können. Sie müssen jedoch die Grundsätze des Statuts des Bundes Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer akzeptieren und dürfen nicht einer anderen Partei angehören. Die unterstützenden Mitglieder erhalten auch die Zeitschrift des Bundes sowie alle wichtigen Informationen und können bei den entsprechenden Versammlungen und Veranstaltungen mit beratender Stimme teilnehmen.

Dieser Bericht der Antragsprüfungskommission wurde von einigen Diskussionsrednern positiv aufgenommen und schließlich bei der Bundeshauptversammlung einstimmig beschlossen. Der stellvertretende Bundesvorsitzende, Ernst Nedwed, meinte dazu abschließend, daß es nicht nur darauf ankomme, einen neuen Text des Statuts zu beschließen, sondern, daß die Öffnung nunmehr in der Praxis umgesetzt werden soll. Viele junge Menschen sind heute an der Wahrheit über die Zeit des Faschismus und der Naziverbrechen interessiert, und sie sind bereit, aktiv dafür einzutreten, damit sich diese Zeiten nicht wiederholen. Sie für unsere Arbeit zu gewinnen ist unsere künftige Aufgabe.

(Das neue Statut wird über Wunsch interessierten Mitgliedern zugesendet.)

Ehrenmitglieder Stefan Billes, Leo Lesjak

Opferfürsorge 1995-97

Dr. Kurt Wegscheidler vom Sozialministerium gab eine Übersicht über die Entwicklung der Opferfürsorge der letzten Jahre. Er erinnerte zunächst an die „Mauerbach-Aktion" am 29. und 30. Oktober 1996. Bei dieser wurden rund 8.000 von den Nazis geraubte Kunstwerke versteigert, die nach jahrzehntelanger Lagerung in der Kartause Mauerbach von der Bundesregierung der Israelitischen Kultusgemeinde übergeben worden waren. Vor der Auktion war geschätzt worden, diese werde etwa 37 Millionen Schilling einbringen, tatsächlich jedoch wurden 155 Millionen erzielt. 12 % des Erlöses wurde in der Folge den in der Arbeitsgemeinschaft der KZ-Verbände vertretenen Organisationen, unter ihnen auch den Freiheitskämpfern, zur Verteilung an Opfer des NS-Regimes übergeben.

• In der Opferfürsorge gab es folgende statistische Entwicklung:
Die Einführung eines garantierten Opferrentenanspruchs für Inhaber einer Amtsbescheinigung ab Vollendung des 75. Lebensjahres (auch ohne verfolgungsbedingte Gesundheitsschädigung) brachte eine Erhöhung der Anzahl der Rentenempfänger 1996 von 2.769 auf 2.859; Anfang 1997 betrug der Stand 2.827 Opfer bzw. Hinterbliebene.
Die Budgetausgaben waren von 1994 auf 1995 auf 257 Mio S gestiegen, 1996 lagen sie wieder bei 251 Mio S,1997/98 waren die Zahlen weiter rückläufig. Mitte 1998 lag die Zahl bei 2.655 Rentenbeziehern. Die Budgetausgaben betrugen 1997 232 Mio S.

• Die beiden beim Sozialministerium eingerichteten Fonds hatten folgende Ausgaben:
Aus dem Ausgleichstaxfond-Opferfürsorge wurden 1997 für die zusätzliche Betreuung der Opfer und ihrer Angehörigen oder Hinterbliebenen sowie die Subventionierung ihrer Organisationen rund 10,7 Mio S aufgewendet, 2 % mehr als 1996.

Gratulation für Alfred Ströer (mit Leo Mistinger, Edith Krisch)

Aus dem Hilfsfonds wurde 1996 und 1997 jeweils ein Betrag von 21 Mio S vor allem für die Förderung von Projekten der Altenbetreuung sowie für Subventionen und Zuwendungen zur Verfügung gestellt.

• Nun zum Nationalfonds:
Das Nationalfondsgesetz wurde 1995 gemeinsam mit der Novelle zum OFG beschlossen. Auf Vorschlag des Sozialministeriums wurden in den Personenkreis der Leistungsempfänger auch drei Opfergruppen aufgenommen, die bisher keine Leistungen erhalten hatten: Opfer, die aufgrund ihrer sexuellen Orientierung, einer körperlichen oder geistigen Behinderung oder wegen es Vorwurfs sogenannter Asozialität verfolgt worden waren. Das Sozialministerium erreichte dann, daß Opferrentner in den dritten Personenkreis einbezogen wurden und ebenfalls den Grundbetrag von 70.000 S erhalten sollten.
Auch andere Personenkreise, etwa Spanienkämpfer, die Österreich bereits vor 1938 verlassen hatten und nach der Besetzung Frankreichs den Deutschen in die Hände fielen, wurden berücksichtigt. schließlich wurde der Anspruch auch Hinterbliebenen zugesprochen, deren Ehegatte oder Lebensgefährte ermordet oder die durch Ermordung eines Elternteils Waisen wurden. Ebenso wurden slowenische Widerstandskämpfer aus Kärnten einbezogen.

O. Skritek und H. Kancz zum Gedenken

Otto Skritek

Hans Kancz

Foto: privat

Ende September. 1998 verloren wir zwei liebe Freunde und verdiente Funktionäre unseres Bundes. Otto Skritek, Ehrenvorsitzender unseres Bundes, und Johann Kancz, Bundesfinanzreferent.
Genosse Otto Skritek trat sehr früh unserem Bund bei. Vier Jahre verbrachte Genosse Skritek im KZ Dachau. Viele Jahre übte er verschiedene Funktionen mit großem Einsatz aus. Erst als er schwer erkrankte, legte er diese zurück.
Otto Skritek war hauptberuflich im ÖGB tätig. Als leitender Sekretär in der Gewerkschaft der Privatangestellten, setzte er sich vor allem für die Rechte und Belange der im Handel beschäftigten Arbeitnehmer ein. Als Abgeordneter zum Nationalrat, zuletzt als Obmann des Justizausschusses, war ihm das Opferfürsorgegesetz stets ein besonderes Anliegen. Er war Sprecher seiner Partei, wenn immer Änderung dieses Gesetzes zur Beratung standen. Vielen von uns war Otto Skritek ein guter Freund. Am 5. Oktober kamen viele seiner Freunde und Kampfgefährten in die Feuerhalle Simmering, um von Otto Skritek Abschied zu nehmen.
Mit Bestürzung erfuhren wir, daß unser Freund Hans Kancz am 25. September 1998 gestorben ist. Noch einige Tage vor seinem Ableben trafen wir in unserem Büro in der Löwelstraße zusammen, um über die Vorbereitung unserer Jahreshauptversammlung zu beraten. Genosse Kancz war für die finanziellen Angelegenheiten unseres Bundes verantwortlich und nahm seine Funktion überaus ernst. Außerdem war er Vorsitzender der Bezirksgruppe Favoriten und stellvertretender Wiener Landesvorsitzender.

50 Jahre

Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer

Grußbotschaft des Bundeskanzlers und SPÖ-Vorsitzenden Viktor Klima

Liebe Genossinnen, liebe Genossen!

Ich fühle mich mit den Sozialdemokratischen Freiheitskämpfern nicht nur politisch, sondern auch persönlich eng verbunden. Mein Großvater war als ehemaliger sozialdemokratischer Funktionär in dem vom Dollfuß-Regime errichteten Anhaltelager Wöllersdorf interniert. Sein Schicksal und sein Kampf gegen Faschismus und Nationalsozialismus haben mich geprägt.

Eure Organisation, die den Geist der Verteidigung gegen das Dollfuß-Regime und des Widerstandes gegen die nationalsozialistische Gewaltherrschaft wach gehalten hat, hat von Anfang an viel für unsere Bewegung und für Österreich geleistet. Jene, die im Kampf gegen den Terror des Hitler-Faschismus ihr Leben einsetzten, trugen dazu bei, daß der österreichische Anteil des Widerstandes gegen die Nazi-Diktatur anerkannt wurde. Diejenigen, die aus den Gefängnissen, Strafbataillonen und Konzentrationslagern und aus der Emigration nach Österreich zurückkehrten, haben über die Gräben von 1934 hinweg die Hand zur Versöhnung und Zusammenarbeit gereicht und mitgeholfen, ein neues demokratisches Österreich aufzubauen.

Als der „Bund Sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus" vor 50 Jahren von Rosa Jochmann und ihren Mitkämpfern gegründet wurde, ist damit eine innerhalb und außerhalb der Sozialdemokratie wichtige politische Kraft entstanden, die sich mit Mut und Engagement gegen jede Wiederbelebung faschistischen Geistes, gegen Rechtsextremismus und Antisemitismus zur Wehr setzte. Die Stimme der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer war in den letzten fünfzig Jahren auf den Parteitagen, aber auch in der Öffentlichkeit sehr oft zu vernehmen, und ich darf Euch für dieses Engagement herzlich danken, vor allem auch dafür, daß Ihr mit den Zeitzeugen aus Euren Reihen beigetragen habt, junge Menschen über die fürchterlichen Konsequenzen menschenverachtender Ideologien aufzuklären. Gerade der heranwachsenden Jugend müssen wir immer wieder vor Augen führen, was geschah und wie es zu diesem Schrecken kommen konnte. Wir müssen ihr das Wissen und die Fähigkeit geben, jeder Form von Gewalt und Rassismus zu widerstehen. Ich freue mich, daß heute auch jüngere Menschen in Euren Reihen tätig sind. Als aktive Antifaschisten im Sinne der Mahnung „niemals vergessen" übernehmen sie die Stafette der ehemaligen Widerstandskämpfer und tragen dazu bei, daß der Bund Sozialdemokratiscer Freiheitskämpfer auch in Zukunft eine starke und glaubwürdige Kraft gegen Rechtstendenzen in unserem Land sein wird. Namens der Sozialdemokratischen Partei Österreichs danke ich Euch allen recht herzlich für die wertvolle Arbeit der letzten fünf Jahrzehnte und wünsche Euch viel Erfolg für die zukünftige Arbeit.

V. Klima

Gedenktafel am Goethe-Hof in Wien Kaisermühlen

50 Jahre Bund Sozialistischer/Sozialdemokratisc

Der Bund Sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus wurde am 12. März 1949 durch den Zusammenschluß des bereits 1947 konstituierten Bundes Sozialistischer Freiheitskämpfer und des Opferfürsorgereferates der SPÖ gegründet. (Bei der Bundeshauptversammlung 1992 wurde der Name des Bundes, analog zur SPÖ, in "Sozialdemokratisch" umbenannt).

Wir haben das Jahr 1948 als offizielles Gründungsjahr gewählt, da es zwischen den beiden Gründungsdaten 1947 und 1949 liegt, und außerdem in diesem Jahr der gemeinsame, von den Vertretern der Gründerparteien der Zweiten Republik gebildete Verband sich auflöste. Bei der Gründungsversammlung des Bundes Sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus, am 12. März 1949, im Döblinger Arbeiterheim, nahmen hundert Delegierte aus allen Wiener Bezirken und der Bundesländer teil. Bei der Eröffnung der Gründungsversammlung sprachen der Ehrenvorsitzenden der SPÖ, Karl Seitz, Bürgermeister Theodor Körner, die Frauenvorsitzende, Gabriele Proft und der Parteivorsitzende, Dr. Adolf Schärf. Außerdem hatten sich zahlreiche Mandatare der SPÖ eingefunden.

In den ersten Bundesvorstand wurden folgende Genossinnen und Genossen gewählt: Adlpoller, Fleck, Flußmann, Hein, Heinemann, Rosa Jochmann, Krell, Mark, Rudolfine Muhr, Dr. Schneeweiß, Dipl Ing. Trimmel, Dr. Wolken, alle aus Wien und aus den Bundesländern Pfaller (NÖ), Labek (OÖ), Lackner (Stmk.), Lagger (Ktn.), Gerstenbreun (Tir.) und Mertl (Vbg.). Die Vertreter des Burgenlandes und Salzburgs wurden später nominiert. In der konstituierenden Sitzung wurde Rosa Jochmann zur ersten Vorsitzenden, Mark zum stellvertretenden Vorsitzenden, Flußmann zum Kassier und Fleck zum Schriftführer gewählt. Der Gründung des Bundes sind einige wichtige Schritte vorangegangen. Gleich nach dem Ende der NS-Gewaltherrschaft, wurden die aus den Gefängnissen und Konzentrationslagern, sowie die aus der Emigration zurückgekehrten Österreicher in der "Volkssolidarität" organisiert, in der die Vertreter der drei Parteien SPÖ, ÖVP und KPÖ mitwirkten. Später bildete sich aus den verschiedenen Landesverbänden der "Bundesverband ehemals politisch verfolgter Antifaschisten". In diesem waren der starke KZ-Verband, der Häftlingsverband und der Verband der Abstammungsverfolgten mit einbezogen. Vertreter der drei Parteien, die damals viele politisch Verfolgte in ihren Reihen hatten - z. B. waren von 165 Nationalratsabgeordneten 129 in Gefängnissen und KZs der Nazis inhaftiert - nahmen an der Arbeit des Verbandes teil.

Bgm. Bruno Marek eröffnet Gedenkraum Salztorgasse (1968)

Ursprünglich sollte der "Geist der Lagerstraße" - die Gemeinsamkeit der politisch Verfolgten aller Richtungen gegen die Nazi-Schergen - auch nach der Befreiung aufrecht erhalten werden. Aber die Tagespolitik und der beginnende "Kalte Krieg" führten auf allen Ebenen, so auch im gemeinsamen Verband, zu heftigen Auseinandersetzungen. Die Kommunisten, die auf Grund ihres starken Anteils im Widerstand dort führend tätig waren, erhoben politische Ansprüche, die z. B. von den Sozialisten nicht akzeptiert werden konnten. Auch innerhalb der SPÖ gab es Auseinandersetzungen. So wurde der Zentralsekretär der SPÖ, Erwin Scharf, ein Mitglied der RS und ehemaliger Kämpfer beim Österreichischen Freiheitsbataillon in Jugoslawien, wegen seiner Linie einer Befürwortung der Zusammenarbeit mit den Kommunisten, von einer Mehrheit des Par-

Wöllersdorf-Mahnmal (1974): Anton Benya, Bruno Kreisky, Rosa Jochmann, Fini Muhr

cher Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus

teivorstandes in seinem Wirkungskreis eingeengt. Letzten Endes wurde er aus der SPÖ ausgeschlossen. Andere linke Antifaschisten in der SPÖ, wie z. B. Peter Strasser, Josef Hindels und Karl Czernetz, hatten sich von Anfang an von Erwin Scharf abgegrenzt. Sie befürworteten seinen Ausschluß der vom Parteitag 1948 bestätigt wurde. So kam es in dem Klima einer Aufsplitterung des gemeinsamen Verbandes zur Gründung der drei neuen Opferverbände: Bundesverband Österreichischer Widerstandskämpfer und Opfer des Faschismus (KZ-Verband), ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten und Bund Sozialistischer Freiheitskämpfer.

In den Gremien, in denen die Interessen der Opfer vertreten wurden, z.B. in der Opferfürsorgekommission, wurde jedoch Jahre hindurch die gute Zusammenarbeit der drei Verbände aufrecht erhalten. Später bildete sich die Arbeitsgemeinschaft der drei Opferverbände, die vor allem gegenüber den Behörden und in der Öffentlichkeit gemeinsam auftrat. Ein großer Erfolg der Arbeitsgemeinschaft war die Gründung des Dokumentationsarchives des Österreichischen Widerstandes, das sich im Verlauf der Jahrzehnte zu einem anerkannten Forschungs- und Dokumentationsinstitut entwickelte und heute auch wichtige Aufklärungsarbeit über den Widerstand und über die aktuellen Gefahren von Rechts leistet.

Die Arbeitsgemeinschaft veranstaltet gemeinsame Gedenkkundgebungen und spricht damit die Jugend, insbesondere die Schuljugend, durch Zeitzeugengespräche und kulturelle Veranstaltungen an.

Der Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus ist der einzige Opferverband, der bereits seit der Zeit als Rosa Jochmann und Manfred Ackermann das Jugendkontaktkomitee ins Leben gerufen hatten, jüngere Menschen in die Arbeit des Bundes einbezogen haben. In diesem Zusammenhang muß auch die Schulungs- und Aufklärungsarbeit von Josef Hindels unter jungen Menschen besonders hervorgehoben werden. Er war neben Rosa Jochmann auch der Sprecher des Bundes bei vielen Parteitagen und Konferenzen und Verfasser vieler antifaschistischer Schriften.

Eine ständige Begleiterin des Bundes Sozialistischer Freiheitskämpfer war unsere Zeitschrift "Der Sozialistische Kämpfer". Sie erschien erstmals im Mai 1949. Viele Dokumente der Freiheitskämpfer können heute nur mehr den Seiten der Sammelbände des "Kämpfer" entnommen werden.

Es zeigt sich, daß unser Bund in den fünf vergangenen Jahrzehnten wertvolle Arbeit im Interesse der Opfer des Faschismus und im Kampf gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus geleistet hat. Viele, die diese Arbeit als Kämpfer gegen den Austro- und Nazifaschismus seinerzeit begonnen haben, sind nicht mehr unter uns. Es ist die Aufgabe der aktiven Antifaschisten von heute, die Stafette aufzugreifen und den Kampf, der nie zu Ende geht, weiterzuführen.

Während der fünf Jahrzehnte waren folgende Vorsitzende für den Bund verantwortlich: Rosa Jochmann (1949-1990), Leopold Mistinger (1990-1992), Hugo Pepper (1992-1995), Alfred Ströer (seit 1995).

Kämpferin gegen die Barbarei

Rosa Jochmann war die erste und langjährige Vositzende unseres Bundes. Sie wird als eine der ganz großen Persönlichkeiten der österreichischen Sozialdemokratie unvergessen bleiben.

Geboren am 19. Juli 1901 als Kind einer Arbeiterfamilie, mußte sie nach dem frühen Tod ihrer Mutter schon als Halbwüchsige die jüngeren Geschwister beaufsichtige und begann zudem mit 14 Jahren in einer Süßwarenfabrik zu arbeiten. Über die Gewerkschaft stieß sie früh zur Sozialdemokratie, wurde zum Betriebsratsobmann gewählt und wurde 1926 Frauensekretärin in der Chemiearbeitergewerkschaft. In der Nacht des 12. Februar 1934 gehörte sie zu denen, die Otto Bauer in einer Wohnung in Favoriten überzeugten, daß ein Verbleib in Österreich für ihn todbringend wäre. Zwei Wochen später war sie Mitglied des von Manfred Ackermann geleiteten ersten Zentralkomitees der Revolutioären Sozialisten (RS). Sie war die Rednerin bei dem illegalen Treffen auf der Predigtstuhlwiese, auf das Heimwehr und Gedarmerie einen Feuerüberfall unternahmen. Nach einer einjährigen Kerkerhaft weiter unermüdlich tätig, fuhr sie noch am 10. März 1938 nach Brünn, um Otto Bauer über die Floridsdorfer Betriebsrätekonferenz zu berichten, die Schuschniggs Volksabstimmung unterstützen wollte. Aber es war zu spät – Hitler marschierte ein.

Am Tag des Nichtangriffspaktes mit der Sowjetunion im August 1939 schlug die Gestapo gegen bekannte Sozialisten zu. Auch Rosa Jochmann wurde verhaftet und im April 1940 ins KZ Ravensbrück eingeliefert. Dort wurde sie für ihre Mithäftlinge ein Symbol ungebrochener Gesinnung und hilfreicher Solidarität, wurde Zeugin der Brutalität der SS-Wachen, kam, politischer Gespräche zum Frauentag verdächtigt, in die berüchtigte Einzelhaft und wurde dann in den Industrieblock zur Zwangsarbeit geschickt. „Sie hat auch im Lager ihr gütiges Lächeln nicht verlernt", berichtete eine Leidensgenossin.

Unmittelbar nach ihrer Rückkehr aus dem KZ setzte sie ihre politische Tätigkeit in der SPÖ fort, zunächst als Frauen-Zentralsekretärin, dann als Vorsitzende des Frauen-Zentralkomitees (bis 1967). Sie war Mitglied des SP-Vorstandes und Nationalratsabgeordnete für Simmering. Und von 1948 bis 1990 war sie Vorsitzende des Bundes der Sozialistischen Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus. Ihr Leitmotiv blieb durch all die Jahre unverändert: „Alle sind uns willkommen, die mit uns gemeinsam gegen die erstarkenden Kräfte des Faschismus auftreten wollen...Der Kampf, den wir führen, ist ein Kampf, der nie zu Ende geht!"

Das Opferfürsorgegesetz -

Gedenkfeier zum 12. Februar im Wiener Konzerthaus 1948

Der SOZIALISTISCHE KÄMPFER

1934 - 1945

ORGAN DES BUNDES SOZIALISTISCHER FREIHEITSKÄMPFER UND OPFER DES FASCHISMUS

Nr. 1 MAI 1949 50 Groschen

1934 — 1945

Keine Partei in Österreich zählt so viele Freiheitskämpfer in ihren Reihen wie die sozialistische. Gewaltig groß ist die Zahl der Frauen und Männer, die in der Zeit zwischen 1934 und 1938 für ihre Gesinnung in den Gefängnissen und Anhaltelagern des austrofaschistischen Regimes schmachteten. Aber unendlich größer waren unsere Opfer in den Jahren 1938 bis 1945, den sieben Jahren des Nationalsozialismus.

Wo ist die andere Partei in Österreich, die auf soviel Idealismus und Opfermut zurückblicken kann wie unsere Partei? Ist es nicht kennzeichnend für die Zusammensetzung unserer Partei, daß beispielsweise unter den 280 Delegierten des Parteitages vom Jahre 1946 nicht weniger als 244 Genossinnen und Genossen sich mehr als 3175 Monaten Freiheitsentzug bestraft gesehen sind? Die sozialistischen Kämpfer für Freiheit und Recht sind in den ersten zwei Jahren der Republik mit Leidensgefährten anderer Überzeugung in einer Organisation gestanden. Aber durch die bekannten Querstreiereien ist uns das Beisammensein in dem ehemaligen „Bund der politisch Verfolgten" schließlich verleidet und dann unmöglich gemacht worden.

Darum haben sich die sozialistischen Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus nunmehr in einer einheitlichen großen sozialistischen Organisation zusammengefunden. „Der sozialistische Kämpfer" wird das Sprachrohr dieser gesamten Organisation sein, des „Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus". Er wird immer, wo es notwendig ist, die Stimme jener Frauen und Männer sein, die sich im Kampf um die Freiheit Österreichs besonders verdient gemacht haben, er wird auch er soll für Recht, Gerechtigkeit und andere Demokratie eintreten. „Der sozialistische Kämpfer" wird aber auch die berechtigten wirtschaftlichen Forderungen der Opfer des Faschismus vertreten.

Daß dem „Sozialistischen Kämpfer" bei der Erfüllung seiner Aufgaben der größte Erfolg beschieden sei, ist unser aller Wunsch.

Schärf

Die erste Nummer des „Kämpfer", Mai 1949

Fast gleich alt mit unserem Bund ist das Opferfürsorgegesetz 1947 (OFG). Seit diesem Jahr erfolgten bisher insgesamt 58 Novellen. Was ist das für ein Gesetz, das man jedes Jahr, oft sogar zweimal, ändert, wird sich mancher Leser fragen. Wenn man aber erfährt, daß jede Gesetzesänderung jenen diente, die aufgrund dieses Gesetzes Hilfe erwarten, wird die Sache schon freundlicher. Wie ist das OFG entstanden und welche Zustände herrschten zur Zeit seiner Beschlußfassung in unserem Land? Der von Hitlerdeutschland am 1. September 1939 begonnene Krieg endete am 8. und 9. Mai 1945. In Österreich endeten die Kampfhandlungen schon Mitte April, und am 27. April gab es eine provisorische Regierung. Sie stand vor schwierigen Aufgaben. Es herrschten Not und Elend, und es fehlte an allem. So brachte die Bestandaufnahme der Kriegsschäden in Wien Folgendes zutage: 52 Luftangriffe hatten über 8.700 Menschenleben gekostet. Während der zehn Tage lang dauernden Kampfhandlungen um Wien gab es mehr als 2.200 Tote. 21.370 Häuser wurden zerstört, 86.000 Wohnungen unbenützbar. Dazu kamen zerstörte Brücken, Schäden an der Kanalisation und an Wasser-, Gas- und Stromleitungen. Über 1.600 Motorfahrzeuge wurden allein in Wien vernichtet oder verschleppt. Insgesamt fielen dem Hitlerkrieg sechs Prozent der österreichischen Bevölkerung zum Opfer. Etwa 100.000 Österreicher saßen für einen Zeitraum von drei Monaten bis zu sieben Jahren in Kerkern und Konzentrationslagern, 35.300 Österreicher hatten ihr Leben im Kampf gegen die Hitlerdiktatur hingegeben, 65.400 österreichische Juden wurden in den Vernichtungslagern ermordet, 112.000 Juden wurden aus ihrer Heimat vertrieben. 24.300 Österreicher wurden Opfer des Bombenkriegs, 170.800 Österreicher waren als Soldaten der deutschen Wehrmacht gefallen, weitere 76.200 galten als vermißt, fast eine halbe Million war in Kriegsgefangenschaft.

Trotz dieser schwierigen Verhältnisse wurde bereits am 17. Juli 1945 von der damaligen provisorischen Staatsregierung – Staatssekretär für soziale Verwaltung war damals Johann Böhm, der spätere ÖGB-Präsident – das „Gesetz über die Fürsorge für die Opfer des Kampfes um ein freies, demokratisches Österreich" beschlossen. Es galt zunächst für ehemalige politische Widerstandskämpfer und beinhaltete lediglich Fürsorgemaßnahmen und keine Entschädigungsleistungen (StGBl Nr. 90/1945). Das Gesetz hatte die Aufgabe, die aus den Gefängnissen und Konzentrationslagern zurückgekehrten Frauen und

Hilfe in Zeit allgemeiner Not

Männer, so weit es damals ging, mit dem Wichtigsten zu ´versorgen.

Am 4. Juli 1947 wurde vom Parlament das „Bundesgesetz über die Fürsorge für die Opfer des Kampfes um ein freies, demokratisches Österreich und die Opfer der politischen Verfolgung" beschlossen (BGBl Nr. 183). Dieses Gesetz ist heute noch in Geltung und zählt zu den wichtigsten Gesetzen für die Nazi-Opfer. Das Gesetz bezeichnet als Opfer des Kampfes um ein freies und demokratisches Österreich solche Personen, die um ein unabhängiges, demokratisches und seiner geschichtlichen Aufgabe bewußtes Österreich, insbesondere gegen die Ideen und Ziele des Nationalsozialismus, mit der Waffe in der Hand gekämpft oder sich rückhaltlos in Wort und Tat eingesetzt haben. Die SPÖ bestand darauf, daß auch die sozialdemokratischen und kommunistischen Opfer der austrofaschistischen Dollfuß- und Schuschnigg-Diktatur in das Gesetz einbezogen wurden.

Als Opfer der politischen Verfolgung im Sinne dieses Bundesgesetzes sind daher Personen anzusehen, die in der Zeit vom 6. März 1933 bis zum 9. Mai 1945 aus politischen Gründen oder aus Gründen der Abstammung, Religion oder Nationalität durch Maßnahmen eines Gerichtes, einer Verwaltungsbehörde (im besonderen der Staatspolizei) oder durch Eingriffe der NSDAP oder ihrer Gliederungen in erheblichem Ausmaße zu Schaden gekommen sind. Unter anderem gehören zu dem Personenkreis auch solche Personen, die den „Judenstern" zu tragen hatten.

Ebenfalls am 4. Juli 1947 wurde das Wiedereinstellungsgesetz beschlossen. Es galt für jene Personen, die am 4. März 1933 in einem Dienstverhältnis gestanden hatten, das vor dem Befreiungstag aus politischen oder rassischen Gründen – außer wegen nationalsozialistischer Betätigung – entweder aufgrund gesetzlicher Bestimmungen oder vom Dienstgeber eigenmächtig aufgelöst oder aufgrund von Zwangsmaßnahmen vorsätzlich beendet worden war. Auch das Sozialversicherungsüberleitungsgesetz vom 12. Juni 1947 brachte wesentliche Begünstigungen für Personen, die in der Zeit vom 4.3.1933 bis zum 9.4.1945 aus politischen Gründen – ausgenommen nationalsozialistische Betätigung – oder aus religiösen Gründen oder Gründen der Abstammung in ihren sozialversicherungsrechtlichen Verhältnissen einen Nachteil erlitten hatten.

Es folgten weitere Gesetze zugunsten der Opfer der Diktatur, sowie zahlreiche Novellen. Das alles geschah, wie erwähnt, in einer sehr schwierigen Zeit. Man braucht sich nur zu erinnern: Anfang 1946 betrug die Lebensmittelration für „Normalverbraucher" 900 Kalorien. Im Juni 1946 konnte der tägliche Kaloriensatz auf 1200 Kalorien erhöht werden, und erst im November enthielten die dem Normalverbraucher zugeteilten Lebensmittel 1700 Kalorien; September 1948 folgten 2100 Kalorien. Das durchschnittliche Einkommen betrug damals S 150,– pro Arbeitnehmer. Erst im Juli 1953 wurden die Lebensmittelkarten abgeschafft.

Daran zu erinnern erscheint mir deshalb notwendig, weil heute mitunter von einer nur „sogenannten" Wiedergutmachung für

Gerti Much, langjährige Mitarbeiterin im Sekretariat

die Opfer des Nationalsozialismus gesprochen wird und die ersten Maßnahmen als Alibihandlungen bezeichnet werden. Wir müssen solche Aussagen schon im Interesse jener Frauen und Männer zurückweisen, die damals das Beste für die Opfer zu ermöglichen suchten – in einer Zeit allgemeiner äußerster Not, in der Österreich auf die erst langsam einsetzende Hilfe aus dem Ausland angewiesen war. Deshalb sei festgestellt: Trotz aller Schwierigkeiten ist damals für unsere Opfer viel geschehen. Das können gerade die damals aus den Kerkern und Lagern kamen und in ihrer zerstörten Heimat wieder als freie Menschen leben konnten, soweit sie heute noch am Leben sind, bezeugen.

An der Beschlußfassung des Opferfürsorgegesetzes und aller Gesetzesänderungen, auch das muß erwäht werden, hatten Funktionäre unseres Bundes großen Anteil. Vor allem die Genossinnen und Genossen im Nationalrat, wie Rosa Jochmann, Karl Mark, Alfred Migsch und Otto Skritek, um nur einige zu nennen. Bis zu ihrem Ausscheiden aus dem Parlament hat Rosa Jochmann bei jeder Gesetzesänderung das Wort ergriffen und im Interesse der Opfer bzw., der Angehörigen der in Kerkern und KZs Ermordeten gesprochen.

Der Einsatz unserer Genossinnen und Genossen hat sich gelohnt. Heute, rund fünfzig Jahre später, gebührt ihnen im Namen aller Opfer aufrichtiger Dank.

Alfred Ströer

Antifaschismus – J

Für die aus den Konzentrationslagern und Gefängnissen des NS-Regimes und aus der Emigration zurückgekehrten Sozialisten stellte sich in der Zeit nach 1945 die Frage, wie die Verbrechen der Nazis den Menschen so vermittelt werden können, daß vorhandene faschistische und rassistische Vorurteile überwunden werden können. Vor allem ging es darum, der sieben Jahre lang mit NS-Ideologie gedrillten Jugend die Grundlagen der Demokratie und der geistigen Freiheit vertraut zu machen.

Bei überzeugten Nationalsozialisten war ein solches Vorhaben meist vergeblich, denn trotz der vernichtenden Niederlage des Hitlerregimes waren viele von ihnen, wie sie später sogar in den Medien zugaben, über die Schmach der Niederlage entsetzt und tief getroffen, aber unbelehrbar.

Jedoch gerade unter jüngeren Menschen war schon in den beiden letzten Kriegsjahren eine Opposition gegen das Drill- und Zwangssystem der Hitlerjugend und der NSDAP entstanden, die sich in der Kleidung und in der Haartracht der Jugendlichen manifestierte. Sie hörten z.B. im geheimen die alliierten Radiosendungen und waren von der amerikanischen Jazzmusik begeistert. Und sie wußten nur zu gut, daß es den Führern der NS-Organisationen vor allem darum ging, die Jugend als Kanonenfutter im letzten Aufgebot für die Verlängerung eines bereits verlorenen Krieges einzusetzen.

So mußte in der Nachkriegszeit eine Form gefunden werden, um diese jungen Menschen für die Demokratie und für den Sozialismus zu gewinnen. In drei Bereichen wurde sofort nach der Befreiung mit sozialistischer und antifaschistischer Erziehungsarbeit begonnen. Erstens in der Sozialistischen Bildungszentrale, die später noch durch das Referat für politische Schulung unter der Leitung von Karl Czernetz erweitert wurde. Zweitens in der Sozialistischen Jugend, die sich unter der Leitung von Peter Strasser mit Erfolg einer Vereinigung mit einer kommunistisch dominierten, überparteilichen Jugendorganisation widersetzte. Drittens bei den Sozialistischen Studenten, wo Genossen wie Pepi Schneeweiß einen kämpferischen Antifaschismus garantierten.

In der Sozialistischen Jugend hat vor allem Josef Hindels seit 1946 für eine intensive und konkrete Auseinandersetzung mit der Politik und den Verbrechen des Hitlerfaschismus gesorgt. Hindels sprach in seinen Referaten nicht nur von der Endphase des Nazifaschismus, sondern er verstand es auch hervorragend, auf die Ursachen, die zum Aufstieg der Hitlerbewegung geführt hatten, einzugehen. Diese lagen in Deutschland, vor allem in der Spaltung der Arbeiterbewegung und in der anfänglichen Unterschätzung der Nazibewegung. Vor allem die wirtschaftlichen Ursachen, wie Arbeitslosigkeit, Massenelend und die Unterstützung der Nazis durch die Industrie waren die Ursache dafür, daß die braunen Horden an die Macht kamen. In Österreich kam noch dazu, daß das austrofaschistische Dollfuß-Regime schon im Jahre 1933 das Parlament ausgeschaltet hatte und im Jahre 1934 die Demokratie beseitigte. Mit der Eliminierung der Sozialdemokratie war die stärkste Kraft gegen Hitler aus der Legalität verbannt. Gekoppelt mit der wirtschaftlichen Not hatte es Hitler leicht, vier Jahre später Österreich zu vereinnahmen. Diese historischen Tatsachen werden heute oft ignoriert und es wird im wesentlichen nur das Jahr 1938 als der Anfang des Faschismus betrachtet.

Es ist bemerkenswert, daß es in den ersten Jahren nach 1945 gelungen ist, tausende junge Menschen für die sozialistische Idee und für ein antifaschistisches Engagement zu gewinnen. Jugendfunktionäre der ersten Stunde, wie Peter Strasser, Josef Hindels, Josef Staribacher, Paul Blau, Hubert Pfoch, Gerhard Weissenberg und Pepi Schneeweiß haben als aktive Antifaschisten dazu beigetragen, daß die jungen Sozialisten eine starke Kraft innerhalb und außerhalb der SPÖ geworden sind. Nicht zuletzt sind aus dieser Gruppe auch kritische Funktionäre hervorgegangen, die z.B. auf den SPÖ-Parteitagen ihre Stimme gegen Opportunismus, Koalitionsgesinnung und Einschränkungen der inneren Demokratie erhoben haben.

Hindels setzte nach dem Ausscheiden aus der Sozialistischen Jugend seine Arbeit in der Gewerkschaft der Privatangestellten fort, wo er sich in Seminaren und in der Gewerkschaftszeitschrift mit nazistischen Tendenzen auseinandersetzte.

In der Jugend- und Bildungsarbeit hatten seine Vorträge und Diskussionsbeiträge zu einer nachhaltigen sozialistischen und antifaschistischen Grundhaltung innerhalb der jungen Sozialisten geführt. Als Hindels von

Hindels´ letzte Broschüre

Rosa Jochmann, die mit ihm in diesen Fragen einer Meinung war, für die Mitarbeit im Bundesvorstand der Freiheitskämpfer gewonnen wurde, hatte er bereits zahlreiche junge Menschen für eine aktive antifaschistische Haltung motiviert. Bei der sogenannten Schillerfeier der volkstreuen Verbände und bei der Anti-Borodajkewicz-Demonstration standen SJ-ler gemeinsam mit Gewerkschaftsjugendlichen, Sozialistischen Studenten und Freiheitskämpfern in einer gemeinsamen Abwehrfront. Die Bildungsarbeit, die Hindels als Schulungsreferent der Sozialistischen Jugend begonnen hatte, setzte er in der SPÖ-Bildungsorganisation und bei den Sozialistischen Freiheitskämpfern fort. Als über Initiative von Rosa Jochmann und Manfred Ackermann das Jugendkontaktkomitee der Freiheitskämpfer gegründet wurde, fanden in der Folge zahl-

Jugend – Bildungsarbeit

reiche Seminare und Exkursionen, in denen Jugendfunktionäre der SJ und der Jungen Generation mit den Themen der Sozialistischen Freiheitskämpfer vertraut gemacht wurden, statt.

Besonders eng war die Zusammenarbeit des Bundes Sozialistischer Freiheitskämpfer mit der SPÖ-Bildungsorganisation, insbesondere in Wien. In den 70er und 80er Jahren fanden jährlich große, gemeinsame Kundgebungen anläßlich des Gedenkens an den Februar 1934, an den März 1938 und an den Kriegsbeginn 1939 statt. In Zusammenarbeit mit den Freiheitskämpfern wurden Fahrten in die ehemaligen Konzentrationslager geführt, wobei Genossen wie Kurt Schmid, Fritz Inkret, Peter Lhotzky und Hannes Schwantner sich besonders engagierten.

In den 90er Jahren ist eine Reihe von Genossinnen und Genossen, die an den Jugendschulungen und Bildungskursen teilgenommen haben, dem Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer beigetreten. Viele Veranstaltungen wurden dadurch mit jüngeren Leuten verstärkt. So fanden sich bei den Schweigemärschen auf dem Zentralfriedhof jeweils hunderte Mitglieder der Freiheitskämpfer, der Bildungsorganisation und der Bezirksorganisationen ein, um der Opfer des Austro- und Nazifaschismus zu gedenken.

Die Zusammenarbeit mit der Bildungsorganisation wurde gemeinsam mit der "Arbeitsgruppe Gegen Rechts" auch auf kulturelle Veranstaltungen ausgedehnt. Vertreter des Bildungsausschusses, wie z.B. Michael Ludwig, gehören auch dem Bundesvorstand der Freiheitskämpfer an.

In den Bundesländern haben die Landesverbände eine sehr gute Zusammenarbeit mit den Landesstellen des Renner-Instituts bzw. mit den Landesbildungsausschüssen.

Eine besondere Aufgabe in der Aufklärung junger Menschen zum Thema Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus erfüllt die gewerkschaftliche Bildungsarbeit. So hat Heinz Strobel, der gleichfalls Mitglied des Bundesvorstandes der Freiheitskämpfer ist, mit der Gewerkschaftsschule und gezielt eingeladenen Seminaren viel zur Bewußtseinsbildung unter jungen Arbeitern und Angestellten beigetragen.

Für die antifaschistische Erziehungsarbeit ist es von großer Bedeutung, daß das Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes unter der wissenschaftlichen Leitung von Wolfgang Neugebauer laufend Grundlagenmaterialien und Literatur aufgrund von Forschungsergebnissen herausgebracht hat. Damit konnten Mitarbeiter und Referenten des Bundes und auch anderer Organisationen effektive Bildungsarbeit leisten. Innerhalb des Bundes der Freiheitskämpfer befaßte sich in den letzten Jahren eine Arbeitsgruppe unter dem Vorsitz von Bruno Liszka mit speziellen, die Freiheitskämpfer betreffenden politischen Fragen.

Die wichtigste Aufgabe blieb in all den Jahren seit 1945, demokratisch gesinnte Verbündete zum Kampf gegen die "Gefahr von Rechts" zu gewinnen. Zeitzeugen aus dem Widerstand und aus den Konzentrationslagern wie Rosa Jochmann, Erna Musik, Leo Mistinger, Stefan Billes, Franz Danimann und Rudi Gelbard, um nur einige von vielen zu nennen, haben einen bedeutenden Anteil an der Verbreitung der Wahrheit über die "Zeit ohne Gnade". Sie sind unter den Jungen, vor allem auch in den Schulen, als glaubwürdige Zeitzeugen anerkannt.

Schweigemarsch am Wiener Zentralfriedhof (1965)

Eine wichtige Aufgabe in der Bewußtseinsbildung erfüllte der "Sozialistische Kämpfer" (ab 1993 der Sozialdemokratische Kämpfer). Die von Genossen Trimmel, dann von Hans Waschek und nun von Manfred Scheuch geleitete Redaktion hat immer dafür gesorgt, daß sowohl die politischen, als auch die sozialen Forderungen des Bundes sowie die historischen Aspekte und die organisatorischen Fragen berücksichtigt wurden. So sind die Sammelbände des "Kämpfers" ein Spiegelbild für die zeitbedingte Entwicklung des Bundes. Sie sind auch eine unverzichtbare Quelle für jede Forschungsarbeit über die antifaschistische Arbeit in Österreich. Zahlreiche Artikel über die politischen Hauptthemen aus den 70er und 80er Jahren stammen aus der Feder von Josef Hindels und sind in der von Herbert Exenberger im Buch zum 70. Geburtstag von Josef Hindels "Gegen den Strom" enthaltenen Bibliographie dokumentiert.

Josef Hindels war auch der Verfasser vieler Anträge und Resolutionen des Bundes und Sprecher der Freiheitskämpfer auf den SPÖ-Parteitagen. Seine kritische Stimme zum Opportunismus gegenüber deutschnationalen Kameradschafts- und Turnerbünden sowie sein Eintreten für eine konsequente sozialistische Politik waren nie zu überhören. Er schrieb auch

Broschüren im Auftrag des Bundesvorstandes der Freiheitskämpfer. Es sind dies dünne Broschüren, die jedoch pädagogisch hervorragend gestaltet und im Interesse der antifaschistischen Meinungsbildung von großer Bedeutung waren. Unter anderem sind folgende Broschüren zu nennen: Der Freiheitskampf ist nicht zu Ende (1971), 15. Juli 1927 (1977), März 1938 (1978), Otto Bauer ist jung geblieben (1981 - Wiener Bildung), Der Weg zum 12. Februar 1934 (1984 - SPÖ-Verlag), So starb ein junger Sozialist - Josef Gerl (1984), Robert Danneberg (1985), Widerstand und Befreiung (1985), Das Linzer Programm (1986), Hitler wollte den Krieg (1989). Eine Reihe von Broschüren zu ähnlichen Themen sind von Rosa Jochmann, Manfred Ackermann, Herbert Exenberger, Wolfgang Neugebauer erschienen.

Bei der Gedenkfeier im Kongreßhaus der Eisenbahnergewerkschaft, die die Freiheitskämpfer gemeinsam mit dem Wiener Bildungsausschuß anläßlich des 50. Jahrestages des Beginnes des von Hitler provozierten Krieges im September 1989 veranstalteten, hielt Josef Hindels seine letzte Rede bei einer Großkundgebung. Er hatte für diesen Anlaß, obwohl er schon schwer krank war, die Broschüre "Hitler wollte den Krieg" geschrieben. Für diese Broschüre stellte Rosa Jochmann ein Nachwort zur Verfügung, das einen enthusiastischen Dank an Josef Hindels - ein halbes Jahr vor seinem Tode – enthält:

Lieber Bruno!

Jede Deiner Reden und jeder Artikel, den Du schreibst – so auch diese Broschüre -, weisen auf die grauenhafte Vergangenheit hin und enden in der Mahnung "Wachsam zu sein", um zu verhindern, daß Menschen wegen ihrer Abstammung – ihres Glaubens – ihrer Nationalität – oder ihrer politischen Überzeugung, grausamst verfolgt und so wie unsere jüdischen Mitbürger "In der Zeit ohne Gnade" in den Gaskammern erstickt wurden.

Dein ganzes Leben ist ein Kampf um eine gerechte Welt für alle Menschen, daher lieben wir Dich und sind stolz darauf, Dich Freund nennen zu dürfen!

Diese Broschüre ist ein Geschenk für alle, und wir sind überzeugt davon, daß jeder, der sie zu lesen beginnt, sie erst aus der Hand legt, wenn er die Seite 35 zugeschlagen hat.

In tiefer, dankbarer Freundschaft im Namen unseres Bundesvorstandes der Sozialistischen Freiheitskämpfer

Deine Rosa Jochmann

(Bruno war der Deckname von Josef Hindels in der Illegalität.)

Ernst Nedwed

Ehrung für Josef Hindels 1977

Aktivisten bei den Revolutionären Sozialisten (RS) 1934-45

Achatz Heinrich
Ackermann Manfred
Adelpoller Franz
Aigner Herma
Beacco Rudolf
Beacco Anna
Benya Anton
Billes Stefan
Billmayer Alfred
Bock Fritz
Bock Johann
Braunthal Tini
Briza Edmund
Brünnler Leopold
Brust Anton
Brust Maria
Calta Josefine
Calta Robert
Cäsar Johannes
Capra Josefine
Cmejrek Helene
Czernetz Karl
Czernetz Margit
Donath Friedl
Emhart Maria
Epstein Auguste
Epstein Otto
Fellinger Hans
Fischer Andreas
Flöttl Franziska
Friedmann Ida
Ganzl-Gallas Rudolf
Gastgeb Emilie
Glaserer Franz
Grassl Johann
Grill Gertrude
Grill Theodor
Gross Karin
Grubek Franziska
Grudnig Alfred
Haas Anna
Haas Johann
Hanzlik Schella
Häuser Rudolf
Heinz Ella
Hoffmann Josef
Hrdlitzka Wilhelm
Hindels Josef
Jawurek Rosa
Jawurek Rudolf
Jeindl Willy
Jochmann Rosa
Jonas Käthe
Kerschbaum Theodor
Knechtelsdorfer Karl
Kohlbacher Alfred
Krämer Maria
Krämer Josef
Krämer Franziska
Kratky Josef
Koref Ernst
Kunz Paul
Lackner Hermann
Lassnig Franz
Leichter Elsa
Leichter Heinz
Lettner Franz
Lichtenberg Elfi
Lichtenberg Franz
Linhart Erwin
Löwy Friederich
Maisel Karl
Mantler Karl
Marek Bruno
Marsal Viktor
Maurer Adolf
Matzner Maria
Milota Karl
Mistinger Leo
Moll Josef
Muhr Rudolfine
Murban Maria
Neuhauser Erna
Nödl Friederike
Paschinger Hubert
Packes Alois
Paetel Elisabeth
Papanek Helene
Passauer Pauline
Pawlik Hans
Pilz Oswald
Price Hugo u. Gerti
Probst Otto
Proksch Lina
Porges Alfred
Potetz Helene
Putz Ferdinand
Ram Richard
Rauscher Franz
Rauscher Robert
Ram Richard
Rauscher Franz
Rauscher Robert
Robak Friedrich
Rohata Josef
Sailer Nuna
Singer Mathilde
Singer Rudolf
Slavik Felix
Skritek Otto
Schmid Leopold
Schramm Erwin
Schmölz Johann
Schöggl Leopold
Staribacher Josef
Ströer Alfred
Tesarek Anton
Trimmel Rudolf
Uhlir Robert
Wallisch Paula
Wang Maria
Waschek Alois
Weikhart Eduard
Weiss Richard
Weissmann Alfred
Weissmann Emma
Werner Barbara
Widmayer Heinrich
Wondrak Josef
Winkler Ernst
Wirlander Stefan
Zib Ladislaus
Zima Johann
Zechner Franz
Zechner Hilda

Diese Liste wurde seinerzeit von Rosa Jochmann und Rudolfine Muhr zusammengestellt. Franz Olah und Erwin Scharf waren zum Zeitpunkt dieser Auflistung nicht mehr Mitglieder der SPÖ. (Wir bitten, uns Namen weiterer RS-ler bekanntzugeben)

Probleme der Anfangsjahre 1945 - 1949

"Selbstverständlich ist es für die Neukonstituierung der Partei nicht ohne Einfluß gewesen, dass ein großer Teil der illegalen Kämpfer in jener Zeit nicht hier war, weil sie entweder in Konzentrationslagern zugrunde gegangen waren oder erst später aus Lagern und Gefängnissen, manche aus der Armee oder der Kriegsgefangenschaft zurückkehrten, dass viele in der Gaskammer zugrunde gegangen sind und andere in der Emigration waren und nicht rechtzeitig nach Österreich kommen konnten. Selbstverständlich spielt der geistige Aderlaß, den die Bewegung in all den Jahren erlitten hatte, eine ungeheure Rolle."

Dieses Zitat aus dem Referat von Otto Leichter über den Stellenwert der kämpferischen Traditionen der Revolutionären Sozialisten in der SPÖ nach 1945, gehalten am 7. März 1948 bei der Jahresversammlung des Bundes Sozialistischer Freiheitskämpfer Österreichs, markiert einen der Höhepunkte im öffentlichen Auftreten der Sozialistischen Freiheitskämpfer und zeigt gleichzeitig jene Probleme auf, die die im Untergrund gegen die faschistische Barbarei kämpfenden Sozialisten bei der Neugründung der SPÖ vorfanden.

Wir finden zwar sozialistische Freiheitskämpfer bereits nach der Befreiung von der nazistischen Terrorherrschaft an führenden Stellen in jenen überparteilichen Organisationen, die sich die Aufgabe stellten, sowohl die Interessen der Widerstandskämpfer und KZ-ler wahrzunehmen, als auch die vielfach angetroffene große Notlage unter ihnen zu lindern. Als Beispiele seien hier Karl Mark als Generalsekretär des „Bundesverbandes ehemals politisch verfolgter Antifaschisten" und Frieda Nödl zu nennen, die für die SPÖ in der "Volkssolidarität" wirkte. Jedoch, einen eigenen "Bund Sozialistischer Freiheitskämpfer Österreichs" zu gründen, stieß innerhalb des Parteivorstandes der Sozialistischen Partei Österreichs auf einige Schwierigkeiten. So legte der damalige Zentralsekretär Erwin Scharf bereits am 12. November 1945 in der Sitzung des SPÖ-Parteivorstandes einen Antrag auf Bildung einer eigenen Organisation der Sozialistischen Freiheitskämpfer vor und referierte über die geplanten Statuten. Im Protokoll dieser Sitzung heißt es darüber:

"In kurzer Diskussion wird vor allem der Befürchtung Ausdruck gegeben, dass es sich wieder um einen Verein handelt, der an die Partei Ansprüche stellt und seinen Mitgliedern irgendwelche Bestätigungen ausstellt, die zu Forderungen benützt werden."

Der Antrag auf Gründung eines Vereines Sozialistischer Freiheitskämpfer wurde mit Mehrheit von den Parteivorstandsmitgliedern abgelehnt. (Weitere Frustrationen mußten bei ehemaligen sozialistischen Widerstandskämpfern aufkommen, als sie sich bemühten, sozialistische Emigranten nach Österreich zurückzuholen. So sind die Bemühungen des Parteisekretärs der SPÖ Wien, Heinrich Hackenberg, ehemaliger Kreisleiter der Revolutionären Sozialisten sowie Häftling in Wöllersdorf und im KZ Buchenwald, gescheitert, den Parteivorstand im Sommer 1946 zu überzeugen, den späteren Ehrenobmann unseres Bundes, Manfred Ackermann, für die zentrale Betriebsarbeit der Wiener SPÖ aus dem amerikanischen Exil zu holen. Rosa Jochmann schrieb über ihre gescheiterten Rückholungsversuche und über ihre Vorsprachen darüber bei Adolf Schärf unter anderem:

"Nach 1945 versuchte ich umsonst den Genossen Schärf dazu zu bewegen, dass er die beiden Genossen Dr. Ellenbogen und den Genossen Hugo Breitner nach Wien zurückberuft, denn beide wollten gar nichts anderes, als wieder in der Heimat sein, sie dachten in gar keiner Art und Weise daran irgendwie politisch tätig zu sein (...) Aber leider bin ich mit diesem meinen Wunsch nicht durchgekommen und das muß ich sagen, ich habe es sehr schwer verwunden und in Wirklichkeit habe ich es den Maßgebenden niemals verziehen. Aber es gab dann manches, womit ich nicht einverstan-

Februarkämpfer-Ehrung im Wiener Haydn-Kino (1947)

den war, aber ich war allein zu schwach..."

Dennoch konnte 1946 der erste erfolgreiche Schritt zur Organisierung gesetzt werden. Am 21. Juni 1946 wurde mit Bescheid des Wiener Magistrates die Bildung des Bundes Sozialistischer Freiheitskämpfer Österreichs zugelassen. Einige Monate später, am 22. Oktober 1946 konstituierte sich unser Bund und wählte einen provisorischen Vorstand.

Die Gründungsversammlung des Bundes Sozialistischer Freiheitskämpfer Österreichs - verbunden mit einer Februarfeier - fand am 10. Februar 1947 in Wien, im Haydn-Kino, statt. Bei dieser Versammlung wurden Julius Deutsch und Paula Wallisch zu Ehrenpräsidenten gewählt und Erwin Scharf hielt ein Referat über Sinn und Zweck eines Bundes Sozialistischer Freiheitskämpfer. Zwanzig Genossinnen und Genossen aus Wien und aus den Bundesländern - Rudolf Appel, Hans Bögl, Albrecht Gaiswinkler, Heinrich Hackenberg, Karl Holoubek, Felix Hubalek, Rosa Jochmann, Andreas Liberda, Karl Mark, Fritz Matzner, Franz Mayer, Karl Meisel, Wilhelmine Moik, Franz Olah, Helene Potetz, Erwin Scharf, Josef Schneeweiß, Josef Voithofer, Ferdinand Wedenig, Rupert Zechtl - standen auf den Wahlvorschlägen für den Vereinsvorstand, die Julius Deutsch präsentierte und die einstimmig angenommen wurden. Als Obmann wurde Erwin Scharf, zu Stellvertretern Rosa Jochmann und Fritz Matzner, Franz Mayer zum Schriftführer und Karl Mark zum Kassier gewählt. Einen Monat nach der Gründungsversammlung informierte der Bund seine Mitglieder darüber, dass sie vom SPÖ-Parteivorstand die Aufgabe übertragen erhielten, mit den Vorarbeiten für die Herausgabe eines "Rotbuches" zu beginnen. Es heißt hier:

"Die Österreichische Regierung hat das bekannte "Rot-Weiß-Rot-Buch" herausgegeben, das ziemliche Lücken aufweist. Das manches nicht aufzeigt, weil es ihnen unangenehm ist und vor allem die Zeit von 1933 bis 1938 möchten sie am liebsten ganz tot schweigen. Nun hat vor einiger Zeit der Parteivorstand beschlossen, ein "Rotbuch" herauszugeben, das den Befreiungskampf Österreichs aufzeigt, den wir Sozialisten geführt und zwar von Anfang an gegen jeden Faschismus geführt haben und welchen Mut und welche Opfer er gekostet hat. Deshalb ergeht an alle Landes- und Bezirksreferenten die Bitte, uns alles Material zu senden, was sich für das Rotbuch eignen könnte." Im dritten Rundbrief unseres Bundes wurden alle Landes- und Bezirksreferenten ersucht, dort, wo noch keine Landes- und Ortsgruppen bestehen, mit dem Aufbau solcher Organisationsstrukturen in allernächster Zeit zu beginnen. Gleichzeitig informierte man auch darüber, dass im "Strom", Organ der Sozialistischen Studenten, auch die Nachrichten und Mitteilungen des Bundes regelmäßig veröffentlicht werden.

Am 7. März 1948 fand die erste Jahreshauptversammlung der Sozialistischen Freiheitskämpfer im Kinosaal in der Säulengasse statt. Die künstlerische Gestaltung der Hauptversammlung übernahm das Kunstkollektiv der Sozialistischen Bildungszentrale unter der Leitung von Franz Ibaschitz-Kusmic. Wir begegnen diesem Zusammenwirken von Freiheitskämpfern und den jungen Genossinnen und Genossen des Kunstkollektivs noch in mehreren Veranstaltungen unseres Bundes. Erwin Scharf wurde wieder zum Obmann und Rosa Jochmann und Albert Gaiswinkler zu Stellvertretern gewählt. Bei dieser Versammlung wurde auch der Beschluß gefaßt, ein eigenes Organ des Bundes unter dem Titel "der kämpfer" herauszugeben. Otto Leichter zeigte in seinem Referat über die Tradition der illegalen Bewegung die Entwicklungslinien, Lehren und die Anknüpfungspunkte für die damalige Gegenwart auf, die aus dem Widerstandskampf der Revolutionären Sozialisten gegen die faschistische Barbarei gezogen werden können und sollen. Eine "lebhafte und von verantwortlichem Ernst erfüllte Diskussion" darüber, die aus Zeitmangel bei der Jahreshauptversammlung nicht mehr möglich war, fand am 10. April 1948 im Parteiheim, Josefstädter Straße, statt. Die Mitglieder des Bundes Sozialistischer Freiheitskämpfer Österreichs, in Wien erhöhte sich die Mitgliederzahl von 705 auf 1331, traten im Jahre 1948 durch zahlreiche Versammlungen, Diskussionsabende und Gedenkfeiern an die Öffentlichkeit. In Döbling wurde etwa eine Märzfeier veranstaltet, am 22. Mai besuchte man eine Sonderaufführung von Bert Brechts "Furcht und Elend des Dritten Reiches" in der Kleinkunstbühne "Der liebe Augustin" und am 1. November trat der Bund Sozialistischer Freiheitskämpfer massiv bei der Enthüllung des Mahnmals der Stadt Wien zum Gedenken an die Opfer für ein freies Österreich 1934-1945 auf dem Wiener Zentralfriedhof in Erscheinung. In einem gemeinsamen Aufruf mit dem Opferfürsorgereferat der SPÖ Wien heißt es:

"Montag, den 1. November wer-

Schweigemarsch durch die Innenstadt Wiens (1975)

den am Zentralfriedhof das Mahnmal für die vom grünen und braunen Faschismus in den Jahren von 1934 bis 1945 hingemorde-ten Antifaschisten und das Grabmal unseres unvergeßlichen Genossen Georg Weissel von unserem Bürgermeister, Genossen Theodor Körner, feierlich enthüllt. (...) Beweisen wir unserer Partei und der gesamten Öffentlichkeit, dass die Schar der Sozialisten, die für die Freiheit unserer Heimat und für den Sozialismus gekämpft haben, eine sehr bedeutende ist."

Im Herbst 1948 wurde auch im Rahmen der SPÖ ein Opferfürsorgereferat unter dem Vorsitz von Rosa Jochmann und mit Referenten für alle Bundesländer geschaffen. Dieses Referat hatte die Aufgabe, alle Fragen bezüglich der Opfer des Faschismus im Sinne des Opferfürsorgegesetzes zu behandeln und einer Erledigung zuzuführen.

Trotz dieser vielfältigen Aktivitäten brauten sich 1948 dunkle Wolken über dem Bund Sozialistischer Freiheitskämpfer Österreichs zusammen. Grund dafür war "der kämpfer", über den der SPÖ-Parteivorstand am 23. April 1948 eine Untersuchungskommission eingesetzt hatte. Am 15. April 1948 erschien die erste Nummer des Organs der Sozialistischen Freiheitskämpfer, zwei folgten noch am 1. Mai und Mitte Mai 1948. Im Bericht der Untersuchungskommission heißt es darüber:

"In der Generalversammlung des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer vom 7. März 1948 wurde die Herausgabe eines Organs beschlossen und mit der Durchführung dieses Beschlusses die Exekutive des BSFÖ betraut. Die Anmeldung bei der Pressepolizei erfolgte am 31. März 1948, die Anmeldung beim Parteivorstand, welche im Zentralsekretariat am 5. April 1948 einlangte, ist mit 1. April d. J. datiert. Vor Erledigung der vom PV beschlossenen Anfragen wurde bereits die erste Nummer gedruckt und dem Antwortschreiben des BSFÖ vom 23. April 1948 beigelegt. Eine formelle Genehmigung des PV zur Herausgabe einer Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur, die sich über den Kreis der Mitglieder an die Öffentlicheit wendet, wurde weder rechtzeitig eingeholt noch erteilt."

Gedenkfeier auf der Predigtstuhlwiese (mit Franz Jonas, Rosa Jochmann, 1949)

Die Untersuchungskommission stützte sich auf eine Änderung des Parteistatuts, angenommen auf dem Parteitag 1947 und ausgearbeitet vom SPÖ-Parteivorstand am 9. Mai 1947. Darin wurde den Parteifunktionären und Mandataren grundsätzlich die Neubeteiligung an einem Buchverlag, Zeitschriften und Zeitungen verboten.. Eine Beteiligung konnte nur im Auftrag der Partei erfolgen. Insbesondere kritisierte die Untersuchungskommission die Beiträge in der "allen Lesern, Freunden und Gegnern offen" stehenden Rubrik "Die Debatte" im Organ des Bundes Sozialistischer Freiheitskämpfer. Gerade jedoch hier setzte der Bund namentlich und inhaltlich das im April 1936 begonnene Diskussionsforum der Revolutionären Sozialisten fort. So schrieb die Redaktion der illegalen Publikation "Die Debatte der RS Österreichs" in der ersten Nummer unter anderem:

"Die 'Debatte' soll auf dem Boden der RS die Möglichkeit einer freien und unbehinderten Aussprache bieten. Alle Artikel und Notizen, die sich mit den politischen, theoretischen und organisatorischen Fragen der Arbeiterbewegung befassen, sollen in diesen Heften erscheinen können. Keine Auffassung wird ihrer Tendenz wegen von der 'Debatte' ausgeschlossen werden."

Der SPÖ-Parteivorstand hingegen setzte gegen eine Stimme ein Schiedsgericht gegen Erwin Scharf ein und untersagte die weitere Herausgabe der Zeitschrift "der kämpfer" in dieser Form. Karl Mark meinte rückblickend zu diesem Disziplinierungsverfahren: "In dem Organ des Bundes, 'der kämpfer', sahen wir Linken auch eine Möglichkeit, ein Sprachrohr unserer Vorstellungen und unserer Kritik an der herrschenden Politik zu schaffen. Vom 'kämpfer' erschienen nur wenige Nummern.

Gratulation für Fini Muhr, mit Hanzlik, Firnberg, Wondrack

Bundeskanzler Franz Vranitzky bei einer Ehrung für Rosa Jochmann

Schließlich diente es dem Parteivorstand dazu, Erwin Scharf zu maßregeln." Diese Animositäten des Parteivorsitzenden gegen SPÖ-Linke gingen jedoch über das Jahr 1948 hinaus. So erhielt die Vorsitzende des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus Rosa Jochmann nach dem Artikel von Karl Mark über die Revolutionäre Sozialistin und Widerstandskämpferin Hilde Krones in der Nummer 11/12, November/ Dezember 1950, des "Sozialistischen Kämpfers" von Adolf Schärf einen Brief, Durchschläge davon gingen an Gabriele Proft, Otto Probst und Felix Slavik, wo er seinen Vorurteilen freien Raum läßt:

"Ich weiß nicht, unter welchem Titel Hilde Krones zum Bund der sozialistischen Freiheitskämpfer gekommen ist (...) wenn es aber möglich sein sollte, dass durch die bloße Tatsache einer Freundschaft mit einem Funktionär der sozialistischen Kämpfer jemand schon selbst zum sozialistischen Kämpfer aufsteigt, dann finde ich darin eine Deklassierung des wirklichen sozialistischen Kämpfertums, wie sie uns von einem Parteigegner noch nicht widerfahren ist."

Ins gleiche Horn der Vorurteile stieß Adolf Schärf, als er im Organ von Erwin Scharf - "Der neue Vorwärts" - einen Artikel von O.L. fand, hinter dessen Kürzel er Otto Leichter vermutete. Er schrieb darüber an Otto Probst: "Was mich interessiert ist O. L. - könnte man das doch noch irgendwie verifizieren lassen, damit man endgiltig mit ihm Schluß machen kann?" Übrigens, der Artikel stammte aus der Feder von Otto Langbein.

Schon 1948 stellten sowohl der Bund Sozialistischer Freiheitskämpfer Österreichs als auch das Opferfürsorgereferat der SPÖ die dringende Zusammenlegung beider Einrichtungen fest. Am 12. März 1949 fand dann die Grüdungskonferenz des "Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus" statt. Zur Vorsitzenden wurde Rosa Jochmann gewählt.

Herbert Exenberger

Kreisky spricht bei der Februarfeier 1974

Nachbemerkung der Redaktion:

Unmittelbarer Grund für den Ausschluß von Erwin Scharf aus der SPÖ war nicht seine Tätigkeit bei den Freiheitskämpfern – dies hat höchstens nebenbei mitgespielt – sondern die Herausgabe der Broschüre „Ich darf nicht schweigen", in der er sich von seiner eigenwilligen Haltung aus kritisch mit der Politik des Parteivorstands auseinandersetzte. Karl Czernetz schrieb damals eine Antwort in seiner Broschüre „Um die Reinheit der Partei", in der er die prokommunistische Haltung Erwin Scharfs und seiner Gruppe verurteilte. Von dieser Gruppe hatten sich auch linke Sozialisten wie Josef Hindels, Paul Blau und Peter Strasser immer wieder abgegrenzt – schließlich war dies die Hochblüte der Stalinzeit, als die Kommunisten in Ostmitteleuropa die Zwangsfusion mit den Sozialdemokraten betrieben.

Zu dem im Artikel erwähnten „Neuen Vorwärts" muß festgestellt werden, daß dieser erst nach dem Ausschluß Scharfs mit finanzieller Unterstützung der KP gegründet wurde. Diese Zeitschrift hat in einer üblen Art versucht, in die SPÖ hineinzuwirken und vor allem junge Sozialisten für eine Abspaltung von ihrer Partei zu gewinnen.

Mitarbeiter dieser Ausgabe:
Franz Danimann, Herbert Exenberger, Leo Lesjak, Ernst Nedwed, Alfred Ströer und Manfred Scheuch (redaktionelle Leitung). Redaktionsschluß: 8.Dezember 1998.

Die Schande des November 1938

Im März 1938, sofort mit dem Einmarsch der Hitlertruppen, begann der Leidensweg der österreichischen Juden. Und im November zeigte die Naziführung unverhohlen,welches Schicksal sie den Juden zugedacht hatte. Als „Volkswut" getarnt wurde zu Brandstiftung, Mord und Raub aufgefordert.

Das Ausmaß der in den Märztagen 1938 einsetzenden Judenhatz, an der sich keineswegs nur fanatische Nazis beteiligten, überraschte sogar die reichsdeutschen Funktionäre. Die oft gewaltsamen Enteignungen – als "wilde Arisierungen" bezeichnet –, die Plünderungen jüdischer Geschäfte, die Besetzung jüdischer Wohnungen, verbunden mit einer Welle schrecklicher Demütigungen, mußten schließlich von "oben" gebremst werden – nicht aus Menschenliebe, sondern aus Sorge um die Werte, die dem Staat und der Partei entgingen. In den Folgemonaten verließen viele, vor allem die wohlhabenderen der bis dahin rund 200.000 jüdischen Bürger Österreichs das Land; sie mußten dies oft unter Zurücklassung ihrer Habe, unter Aufgabe ihres Besitzes zu erpresserischen Preisen und gegen Entrichtung von den belastenden Abgaben einer "Reichsfluchtsteuer" tun. Die Ereignisse in Österreich waren für Hitler auch Ansporn, die antijüdischen Maßnahmen im sogenannten "Altreich" zu verschärfen und die Juden völlig aus dem Wirtschaftsleben auszuschalten. Die internationale Kritik an diesen Vorgängen brachte die Naziführung in Verlegenheit. Deshalb mußte es dem Judenhasser Hitler geradezu als Glücksfall erscheinen, als ein junger polnischer Jude, Herschel Grynszpan, am 7. November 1938 in Paris auf den deutschen Gesandtschaftsrat Ernst vom Rath schoß. Er tat dies aus Protest dagegen, daß die Nazis seine Familie nach Polen abgeschoben hatten.

Zwei Tage nach dem Attentat starb vom Rath an dessen Folgen. Es war der 9. November. An diesem Tag kamen die obersten Naziführer alljährlich zu einer Gedenkkundgebung an den gescheiterten Hitlerputsch von 1923 in München zusammen. Bei einem Abendessen überbrachte ein Bote dem "Führer" die geflüsterte Nachricht vom Tod des Diplomaten. Hitler, so wurde beobachtet, sprach darauf für längere Zeit leise und eindringlich mit seinem Propagandaminister Goebbels. Dann verließ er den Saal, ohne die sonst übliche Ansprache gehalten zu haben. Goebbels hielt eine antisemitische Rede, in der er ankündigte, daß sich nun der "Volkszorn" nicht von "Vergeltung" würde abhalten lassen. Danach ergingen mündliche Weisungen an alle Parteiinstanzen, die im ganzen Reich einen offenbar schon lange vorbereiteten Pogrom organisierten; offiziell sollte allerdings die Partei nicht als Urheber dieser inszenierten "Volkswut" in Erscheinung treten. Die Gestapo gab die Weisung aus: "Es werden in kürzester Frist in ganz Deutschland Aktionen gegen Juden, insbesondere gegen deren Synagogen, stattfinden. Sie sind nicht zu stören." In Wien wurde dies durch die Anordnung ergänzt, daß die Feuerwehr nur eingreifen dürfe, wenn "deutsches Leben oder Eigentum" gefährdet erschienen. Und weiter: "Die Polizei hat so viele Juden festzunehmen, als in den vorhandenen Hafträumen untergebracht werden können."

In Wien waren SA, SS, die NSDAP-Organisation und vereinzelt auch Hitlerjugend ab 3 Uhr früh "im Einsatz". Die Nazis traten dabei nicht in Uniformen auf, sondern zumeist

Zerstörter Tempel in der Wiener Leopoldstadt

in "Räuberzivil", um den Weisungen gemäß einen spontanen "Volkszorn" vorzutäuschen. Alle jüdischen Bethäuser und Synagogen wurden durch Brandlegung oder Sprengung zerstört. Lediglich der Tempel in der Seitenstettengasse wurde auf Weisung von Gauleiter Bürckel wegen der Brandgefahr für die umliegenden Innenstadthäuser verschont.

Hand in Hand mit der Vernichtung der Tempel begann eine Orgie der Gewalt und des Raubes, die jüdische Geschäfte und Wohnungen zum Ziel hatte. Der Mob plünderte und zerstörte, Juden wurden geschlagen und gequält, allein in Wien wurden 27 Juden ermordet (angesichts der insgesamt im Verlauf des Pogroms im ganzen Reich getöteten 91 Personen eine relativ hohe Zahl). 6547 Wiener Juden wurden verhaftet und zumeist in das Konzentrationslager Dachau deportiert. Erneut, wie im März, erreichte die Selbstmordwelle unter der jüdischen Bevölkerung einen Höchststand. Auch in vielen anderen Städten der "Ostmark", unter anderem in Berndorf, Baden, Vöslau, St. Pölten und Krems, kam es zu Pogromen, ebenso in Klagenfurt, Linz, Graz und Salzburg; nur in Vorarlberg gab es keine Gewaltakte. In Eisenstadt schlugen die Nazis im Tempel alles kurz und klein und zerstörten die Judensiedlung. Besonders arg wüteten die Judenverfolger in Innsbruck. Nicht nur die Synagoge wurde zerstört, auch sämtliche Wohnungen jüdischer Mitbürger wurden verwüstet. Der Vorstand der Kultusgemeinde, Richard Berger, und zwei andere Juden wurden brutal ermordet. Für die Verbrechen, selbst für die Morde, wurden die Schuldigen nicht zur Verantwortung gezogen. Bezeichnend für das Denken der Naziführung: lediglich zwei SA-Leute, die ein jüdisches Mädchen vergewaltigt hatten, wurden wegen "Rassenschande" bestraft.

Mahnwachen in ganz Wien

Das demokratische Österreich gedachte im November in Wien und in etlichen anderen Städten am 60. Jahrestag des Novemberpogroms von 1938. Die zentrale Gedenkfeier, bei der auch Bundeskanzler Viktor Klima das Wort ergriff und an der unser Bundesvorsitzender Alfred Ströer und zahlreiche unserer Mitglieder teilnahmen, fand vor der Gedenkstätte für den großen Tempel in Wien-Leopoldstadt statt. In den Wiener Bezirken wurden 23 Mahnwachen gehalten; so im Arbeiterbezirk Rudolfsheim-Fünfhaus, wo vor dem Haus Turnergasse 22 SPÖ-Bezirksbildungsausschuß, ACUS und Freiheitskämpfer eine Nacht lang der tragischen Ereignisse vor 60 Jahren gedachten. Die Kulturgemeinde Neubau gab eine Broschüre unter dem Titel „Feuer auf den Tempeldächern" von Heinz Jankowsky heraus, in der das Leiden der Wiener Juden von März bis November 1938 unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse im Bezirk Neubau dargestellt wird. Im Bezirksmuseum Neubau fand unter dem gleichen Titel eine Ausstellung statt, die die Ereignisse der Pogromnacht dokumentierte.

Mahnwache in Wien 15, Turnergasse

Der Feuergeist Manfred Ackermann

Am 1. November wäre Manfred Ackermanmn (gestorben 1991) 100 Jahre alt geworden. Aus diesem Anlaß stellte Peter Lhotzky eine überaus lesenswerte, reich illustrierte Broschüre zusammen, für die die FSG in der Privatangestelltengewerkschaft als Herausgeber fungierte.

Geboren im mährischen Nikolsburg, aufgewachsen in Wien, stieß Manfred Ackermann über Bruno Kreiskys Vater Max, den er beim Militär kennengelernt hatte, zur Sozialdemokratie, wurde führender Funktionär in der SAJ und reorganisierte die Jugendgruppe im Zentralverein der kaufmännischen Angestellten. Nach dem Verbot der SDAP im Jahr 1934 wurde er Mitbegründer und erster Obmann der "Revolutionären Sozialisten" (RS), flüchtete nach dem "Anschluß" über Frankreich in die USA und kehrte 1964 nach Wien zurück.

Die Broschüre begleitet Manfred Ackermann auf seinem politischem Lebensweg, wobei etliche Dokumente die unerschütterliche Haltung dieses "Linken" bezeugen. Warner vor der "Großen Koalition" waren allerdings in der Sozialistischen Partei damals nicht sehr gefragt, doch in den Jugendorganisationen und auch in den Gewerkschaften konnte Ackermann seine Zuhörer mit dem Gedankengut des Austromarxismus vertraut machen. Sein kritischer Geist scheute freilich auch nicht vor heftigen Auseinandersetzungen mit Parteifreunden zurück, mit deren Beurteilung der Vorkriegs-Partei er nicht einverstanden war; insbesondere wandte er sich gegen Norbert Lesers Versuch, eine "geteilten Schuld" für 1934 zu konstruieren.

In engem Kontakt mit dem Bund Sozialistischer Freiheitskämpfer fand Ackermanns Idee der Gründung eines "Antifaschistischen Jugendkontaktkomitees" Zustimmung vor allem bei Rosa Jochmann, Rudolfine Muhr und Josef Hindels, die sich wie Ackermann als Schüler Otto Bauers verstanden. Das war, wie das eben jetzt beschlossene neue Statut bestätigt, eine zukunftsträchtige Idee. Erhalten geblieben sind Ackermanns zumeist im Rahmen der Freiheitskämpfer gehaltenen Reden über Victor Adler, Karl Pick, Otto Bauer, Max Adler und Julius Braunthal, die in seinem Buch "Erziehung zum Menschenbewußtsein" erschienen sind.

Ehrung für Ackermann: Minister Dallinger, Rosa Jochmann

"Scholem Alejchem"

Bei der Festveranstaltung im Rahmen unserer Bundeshauptversammlung trat das Musikensemble "Scholem Alejchem" auf (die Bezeichnung bedeutet "Friede sei mit euch", der bedeutendste jiddische Dichter wählte sie als sein Pseudonym). Da großes Interesse an der von der Gruppe angebotenen Musik-Cassette bestand, bietet die Buchhandlung Löwelstraße diese Cassette nunmehr zum Kauf an. Eine CD des Ensembles ist in Vorbereitung.

Tiroler Landesverband – immer aktiv

Am 12. November fand in den Räumen des Renner-Instituts, im Hotel "Roter Adler", die Landeshauptversammlung des Landesverbandes Tirol statt. Zu Beginn gedachte Konrad Wurm des verstorbenen ehemaligen Tiroler Vorsitzenden LAbg.a.D. Ferdinand Kaiser.

Vor einem vorwiegend jüngeren Publikum, dem auch einige Mandatare und Vertreter von sozialdemokratischen Organisationen und der Fraktion Sozialdemokratischer Gewerkschafter angehörten, berichtete die Landesvorsitzende, Maria Kaiser, über die Zeit von Oktober 1996 bis November 1998.

Zu den zehn Sitzungen des Landesvorstandes waren Abgeordnete des Tiroler Landtages und Mitglieder des Gemeinderates eingeladen, über aktuelle Themen zu berichten. Referate über die Europäische Union und über das Thema: "Faschismus - Nationalsozialismus, welcher Unterschied ist zu treffen", wurden im Vorstand eingehendst diskutiert. Der von der Arbeitsgemeinschaft der antifaschistischen Verbände jährlich veranstaltete Festakt zum Nationalfeiertag wurde 1997 von den Sozialdemokratischen Freiheitskämpfern unterstützt und 1998 von den Freiheitskämpfern allein organisiert. Als Referent stand Univ.Prof.Dr. Anton Pelinka zur Verfügung.

Neben einer Reihe von Veranstaltungen so z.B. zum 12. Februar, gemeinsam mit den Jungsozialisten, war die Diskussion in der Öffentlichkeit über die Anbringung einer Gedenktafel im Hause Herrengasse 3 (Sitz der Gestapo von 1940 bis 1945) von den Argumenten der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer geprägt. Zeitzeugen meldeten sich zu Wort und wurden zu Vorträgen eingeladen. Eine weitere Diskussion entstand über die "Dornenkrone". Im Jahr 1998 standen Vorträge wie die "Ritualmord-Lüge" (Dr. Paul Flach) "Kultur in Tirol zwischen Katholizismus und Nationalsozialismus" (Univ.Doz. Johannes Holzner) auf dem Programm. Am 5. Mai wurden Dr. Rosi Hirschegger, Maria Kaiser, Dr. Paul Flach und Anton Winkler, anläßlich des Gedenktages, vom Renner-Institut Tirol, zu einem Zeitzeugen-Gespräch eingeladen. Mitte Mai gestalteten die Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer eine Lesung über Literatur im Exil und im Widerstand unter dem Titel "Die gerettete Zunge".

Namens des Bundesvorstandes der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer nahm der stellvertretende Obmann, Abg.z.NR a.D. Ernst Nedwed, an der Landeshauptversammlung teil. Er berichtete über die Aktivitäten des Bundes, über die bevorstehende Bundeshauptversammlung und über den Entwurf für das neue Statut.

Nach einer berührenden Lesung von Christine Huber unter dem Titel "Feuerzeit" (sechzig Jahre nach der Pogromnacht 1938) schloß die Landeshauptversammlung mit der Neuwahl, bei der die Landesvorsitzende Maria Kaiser, und die Stellvertreter Robert Koschin und Dr. Paul Flach wiedergewählt wurden. Weiters wurden Harald Schweighofer (Schriftführer), Eva Plotz (stv. Schriftführerin), Konrad Wurm (Kassier), Karin Rettenmoser (Kassier Stv.), Hannes Riedl (Veranstaltungen), als Mitglieder des Präsidiums gewählt. Als Beisitzer fungieren Dr. Walter Hengl, Sigrid Marinell, Irene Crepaz, Uschi Frei, Ing. Peter Riedmann, Gerhard Hetfleisch und als Mitglieder der Kontrolle Dietmar Höpfl, Martin Ortner und Anton Winkler. In weiteren Funktionen sind Gerold Dünser, Karin Blum, Heidi Blum und Tobias Riss tätig.

Blick in die Innsbrucker Hauptversammlung

Eduard Schlesinger-Hof

Vor kurzem wurde die Wohnhausanlage Wilhelm-Leibl-Gasse 2-4 in Wien- Hietzing in „Eduard Schlesinger-Hof" benannt. Bei der feierlichen Benennung, zu der zahlreiche Teilnehmer, auch aus unserem Bund, gekommen waren, sprachen Wohnbaustadtrat Werner Faymann, Bezirksvorsteher Heinz Gerstbach, BV-Stellvertreterin Hermine Moser und der Vorsitzende der Bezirksgruppe Hietzing der Freiheitskämpfer, Ing. Ernst Figl, der ausführlich den Lebensweg des Geehrten schilderte. Eduard Schlesinger, geboren 1903, war SAJler und Wehrsportler, war nach 1934 in der illegalen RS aktiv im Widerstand gegen das austrofaschistische Regime und emigrierte 1938 nach Großbritannien, wo er im Krieg in die britische Armee eintrat, um für die Wiederherstellung eines freien und demokratischen Österreich zu kämpfen. Bereits Anfang 1946 kehrte er in seine Heimat zurück, wurde Sektionsleiter in der SPÖ sowie Fürsorgerat und Bezirksrat und war Mitglied des Bundesvorstandes der Freiheitskämpfer.

GR Maier, BVst. Gerstbach, StR. Faymann, BVStv. Moser

Ella Lingens 90

Vor kurzem hat die langjährige Sozialdemokratin und Patriotin DDr. Ella Lingens ihren 90. Geburtstag begangen. Ella Lingens kämpfte aktiv, gemeinsam mit ihrem aus Köln stammenden Gatten, gegen das NS-Regime. Wegen "Judenbegünstigung" – man versorgte jüdische Mitbürger mit Lebensmitteln, versteckte sie als "U-Boote" und leistete auch sonstige Hilfen – wurde sie schließlich verhaftet und landete 1943 im KZ Auschwitz. Und auch hier stellte die nunmehrige Häftlingsärztin die Solidarität über die persönliche Sicherheit. Damit hat sie sich nach dem Krieg auch internationale Anerkennung verschafft. Ein erschütterndes Zeugnis für ihre Tätgkeit in diesem Bereich legte sie in ihrer Publikation "Eine Frau erlebt das Konzentrationslager" ab. Als leitende Mitarbeiterin im Sozialministerium – sie war von Anfang an beim Wiederaufbau des demokratischen Österreich dabei – half sie so manchem ihrer Leidens- und Kampfgefährten.

In ihrem Buch schreibt sie: "Auch dann noch, selbst der Willkür und Vernichtung preisgegeben, sträubte sich alles in mir dagegen, mir sagen zu müssen, ich gehörte einem Volk an, das solche Dinge zu tun imstande war. Ich sage absichtlich noch heute 'einem Volk', nicht, weil ich durch meine Ehe reichsdeutsche Staatsbürgerin war, sondern weil gerade unter der Waffen-SS, die in den Lagern Dienst tat, der Anteil der Österreicher ungeheuer groß war, und weil es nicht angeht, Verantwortung auf bequeme Weise abzuschieben."

Die Fotos dieses Heftes stammen aus dem Archiv für Geschichte der Arbeiterbewegung (AZ-Archiv), aus dem DÖW-Archiv und aus dem Archiv der Freiheitskämpfer

Erholsame und friedvolle Festtage sowie ein erfolgreiches Neues Jahr 1999

wünschen allen Mitgliedern, Freunden und Lesern Bundesvorstand und Redaktion

Unser Bund

Parteiprogramme haben in der Sozialdemokratie seit ihren Anfängen einen beachtlichen Stellenwert für die Ausbildung einer gemeinsamen ideologischen Plattform und für die Umsetzung einer grundsatzbestimmten politischen Praxis. Seit dem Neudörfler Parteitag im Jahre 1878 hat die österreichische Sozialdemokratie in einer Reihe großer Diskussionen bedeutende Programme erstellt und viele Forderungen daraus realisiert. Man denke nur an die Durchsetzung des allgemeinen gleichen Wahlrechts und an den 8-Stunden-Tag u.a., wie in den Programmen des Hainfelder Parteitages 1888/89 und im Wiener Programm 1901 gefordert worden war. Die nächste Programmstation war das von Otto Bauer konzipierte Linzer Programm (1926), das in der Zeit der Verteidigung gegen Reaktion und Faschismus und des steten Anstiegs sozialdemokratischer Wählerstimmen beschlossen wurde. Nach dem Ende des Naziregimes gab es zunächst im Jahre 1947 nur ein Aktionsprogramm mit vorwiegend aktuellen Forderungen. Die erste große ideologische Auseinandersetzung wurde 1957/58 geführt. Im Parteiprogramm 1958 bekannte sich die SPÖ als „Parrtei aller Arbeitenden". 1978 wurde nach einer umfassenden Diskussion in der gesamten Partei von Bruno Kreisky und Karl Blecha dem Parteitag ein Programm vorgelegt. Es war ein Reformprogramm. Es mußte aufgrund großer gesellschaftspolitischer Veränderungen und einer neuen weltpolitischen Konstellation in den 90er Jahren neuerlich verändert werden. Deshalb wurde nach Grundsatzarbeiten, die bereits in den 80er Jahren begonnen hatten, im Jahre 1993 eine Programmdiskussion begonnen, die allerdings unterbrochen wurde und erst 1997 unter einer neuen Programmkommission fortgesetzt wurde.

Der im Frühjahr 1998 der Öffentlichkeit vorgelegte Entwurf löste eine Welle von innerparteilicher Kritik aus. Dies war aber auch der Anlaß dafür, daß eine konzentrierte Diskussion für entsprechende Alternativformulierungen beschleunigt wurde. In der relativ kurzen Zeit, von April bis zum September 1998, ist es gelungen eine Reihe von Anträgen und mehr als 400 Stellungnahmen mit Vorschlägen dem Programmkomitee zur Verfügung zu stellen. Die Antragsprüfungskommission unter dem Vorsitz von Heinz Fischer übernahm die Aufgabe, die Vorschläge und Anträge in einem endgültgen Programmentwurf einzuarbeiten.

Unter den Antragsstellern befand sich auch der Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer. Im Erstentwurf waren die Fragen des Rechtsextremismus, Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus nicht im geeigneten Ausmaß berücksichtigt. Deshalb forderte der Bundesvorstand in einem Antrag, der in der letzten Nummer des "Sozialdemokratischen Kämpfers" veröffentlicht worden ist, eine stärkere Berücksichtigung dieser Thematik mit entsprechenden Ergänzungen im neuen Programmentwurf. Gleichartige Anträge sind auch von anderen Einzelpersonen und Organisationen an die Programmkommission herangetragen worden. In dem auf dem Parteitag vorgelegten endgültigen Entwurf

am Parteitag 1998

der Antragsprüfungskommission ist eine Formulierung enthalten, die die uneingeschränkte Anerkennung der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer findet. In diesem Programm heißt es im Kapitel " Unseren Werten verpflichtetes Handeln" unter II.2.2 : "Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist die Demokratie jene Form des Zusammenlebens der Menschen, in der die Prinzipien der Gleichheit und der Freiheit am besten verwirklicht werden können. Wir treten daher dafür ein, daß alle Menschen das Recht darauf haben, bei Entscheidungen, die sie betreffen, mitzubestimmen und daß das Prinzip der Demokratie in allen gesellschaftlichen Bereichen verwirklicht wird.

Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus, die von nationalistischen und populistischen Kräften geschürt oder instrumentalisiert werden, bedrohen die Würde und Sicherheit der Menschen und sind daher eine Gefahr für das friedliche und demokratische Zusammenleben. Aufgrund unserer schmerzlichen historischen Erfahrungen sind wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten konsequente Antifaschisten, setzen uns für die Erfüllung des antifaschistischen Auftrags der österreichischen Bundesverfassung und damit für die entschiedene Bekämpfung aller neonazistischen und rassistischen Aktivitäten ein. Darüber hinaus treten wir allen menschenverachtenden, die Menschenrechte mißachtenden autoritären Kräften ebenso entgegen wie jeder Form des Fundamentalismus, mag dieser politisch, religiös oder anders motiviert sein."

Der Delegierte der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer, Ernst Nedwed, bezeichnete in seiner Wortmeldung diese neue Formulierung als eine der besten und klarsten zum Thema Faschismus, Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus, die es je in einem sozialdemokratischen Programm gegeben hat. Er hob hervor, daß trotz der Kürze der Zeit eine breite Meinungsbildung innerhalb der SPÖ, vor allem auch mit Hilfe der neuen Kommunikationstechniken zustande gekommen ist. Einige Forderungen der Freiheitskämpfer zum Thema Gemeinwirtschaft, Landesverteidigung wurden jedoch, wie Nedwed in der Debatte feststellte, nicht berücksichtigt.

Eine interessante Diskussion und eine Kampfabstimmung gab es über den Terminus "Demokratischer Sozialismus", der von den Jugendorganisationen für das neue Programm urgiert wurde. Die beiden Delegierten der Freiheitskämpfer, Nedwed und Lesjak, unterstützten die Antragsteller; der Antrag wurde allerdings mit Mehrheit abgelehnt.

Der Parteitag beschloß auch ein revidiertes Parteistatut. In diesem werden nunmehr Themen und Projektinitiativen, die schon mit einem Drittel der Stimmen der Genehmigungsgremien gebildet werden können, als weitere zu Konferenzen und Ausschüssen delegierungsberechtigte Gruppierungen anerkannt. Auf den Kandidatenlisten können ausnahmsweise auch Personen, die nicht der SPÖ angehören, aufgenommen werden, sofern ihre politische Haltung im Einklang mit dem SPÖ-Programm steht. Sie müssen sich aber allen erforderlichen Auswahlmodalitäten innerhalb der SPÖ stellen. In den SPÖ-Fraktionssitzungen haben solche Mandatare nur beratende Stimme. Eine weitere konkrete Statutenbestimmung fordert, daß bis zum Jahr 2003 die Frauenquote auf allen Ebenen auf 40 % angehoben wird.

Insgesamt kann der Parteitag als ein erfolgreicher Reformschritt auf dem Wege in das 21. Jahrhundert gewertet werden.

Ebensee-Reihe

Der Verein Widerstands-Museum Ebensee veranstaltet seit November eine Vortragsreihe unter dem Titel "Rassismus". Nach Vorträgen von Univ. Prof. Horst Seidler über "Rassen – Fiktion oder Realität?" und "Albert Iglseder über "Vorurteile sind Todesurteile" findet die nächste Veranstaltung am Freitag, 15. Jänner 1999, statt. Maria Sedlak behandelt "Dimensionen rassistischer Sprachpraxis"; am 29. Jänner folgt ein Vortrag von Wolfgang Weilharter vom Wiener Integrationsfonds. Ort der Veranstaltung: 4802 Ebensee, Kirchengasse 5, Tel. 06133/5601.

Zivildiener gesucht

"Niemals Vergessen", der überparteiliche Verein zur Förderung von Holocaust-Gedenkstätten, sucht Zivildienstpflichtige, die Gedenkdienst im Ausland machen wollen. Kontaktadresse: Verein "Niemals Vergessen", Hohenstaufengasse 10, 1010 Wien, Tel. 53444/501 oder 320 50 99.

"Gegen Rechts"

Die rührige Themeninitiative "Gegen Rechts" in der SPÖ Alsergrund hat wieder eine Broschüre herausgegeben. Sie behandelt das Thema "Frauen im Widerstand". Der Wiener Bildungssekretär Bundesrat Dr. Michael Ludwig hat das Heft kürzlich einem interessierten Publikum präsentiert.

Karl Gruber neuer Obmann in NÖ

Der Landesverband der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer NÖ hielt kürzlich seine Landeskonferenz ab. Ein Vortrag von Altkanzler Vranitzky und die Wahl eines neuen Vorsitzenden prägten die Veranstaltung.

Dr. Franz Vranitzy, Vizevorsitzender der Sozialistischen Internationale, sprach über das Thema "Menschenrechte". Die österreichische Geschichte weist diesbezüglich einige dunkle Kapitel auf. Vor allem war es die Massenarbeitslosigkeit in den zwanziger und dreißiger Jahren, die das Volk bitter zu spüren bekam und die demagogischen Politikern Auftrieb gab.

Unter dem legendären Bundeskanzler Dr. Bruno Kreisky wurden aktive Maßnahmen für die Menschenrechte durch den Helsinki-Prozeß eingeleitet. Später war es die Wiener Konferenz, die wesentlich zum Rechtsgut der Menschenrechte beigetragen hat. Unerheblich, welche Verfassung ein Staat heute hat, jeder ist seither verpflichtet, sich an die Grundsätze der Menschenrechte zu halten. Leider werden aber die Menschenrechte in verschiedenen Staaten immer noch mit Füßen getreten, man denke an Afghanistan, den jugoslawischen Kosovo oder die Türkei.

Wenn es ein Recht jedes Menschen ist, nicht zu verhungern, so wird künftig der reiche Norden wohl auch mit dem armen Süden teilen müssen,damit die Aufgaben des neuen Jahrtausends im Interesse einer friedvollen Zukunft gelöst werden können. Heute ist nicht allein der Proletarier der "heimatlose Geselle", wie er zu Anfang dieses Jahrhunderts beschimpft wurde. Heute ist vielmehr das internationale Kapital der heimatlose Gesell', der durch den Geldtransfer Länder und Kontinente vernetzt und beherrscht, resümierte Vranitzky.

An das aktuelle Referat schloß sich die Wahl des neuen Landesvorstandes. Anstelle des bisherigen Landesverbandsobmannns Leo Lesjak, der nach 31 Jahren mühevoller, aber auch erfolgreicher Tätigkeit diese Funktion zurücklegte, wurde Landtagsabgeordneter a.D. Karl Gruber aus Sankt Pölten, ein sehr engagierter Sozialdemokrat, zum Landesverbandsobmann gewählt.

Karl Gruber, Leo Lesjak, Franz Vranitzky bei der Tagung

Dem Erweiterten Präsidium gehören nun folgende Personen an: Alfred Ströer, Walter Faderny, Engelbert Lepic, Johann Hnat, Mag. Ewald Buschenreiter, Ing. Josef Wicher, Mag. Andreas Fiala, Dr. Franz Danimann, Egon Meyer, Grete Rodler, Alfred Schwaiger, Josef Hesoun, Johann Stippl und Otto Prendl.

Unser Gedenkmarsch

Am 1. November fand der traditionelle Gedenkmarsch der Freiheitskämpfer auf dem Wiener Zentralfriedhof statt. Beim neu gestalteten Mahnmal für die Opfer des Faschismus sprachen Bürgermeister Häupl, Bundesminister Einem und Alfred Ströer. Bei den Gräbern der Parteivorsitzenden und beim Mahnmal für die Opfer der Revolution von 1848 sprach Ernst Nedwed und bei der Gedenkstätte für die Februar- und Spanienkämpfer gedachte Bundesrat Michael Ludwig derjenigen, die als erste mit der Waffe in der Hand gegen den Faschismus gekämpft haben. Weitere Kranzniederlegungen fanden im Urnenhain statt; Peter Lhotzky erinnerte dabei an den 100. Geburtstag von Manfred Ackermann.

Impressum: Medieninhaber und Herausgeber: Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus, 1010 Wien, Löwelstraße 18. Telefon 534 27-277, Fax 534 27-258, e-mail-Adresse: kaempfer@spoe.or.at. Produktionsleitung: VWZ-Zeitschriftenverlag Ges.m.b.H., 1070 Wien, Schottenfeldgasse 24, Telefon 524 70 86-0. Hersteller: Gutenberg, 2700 Wiener Neustadt.
Zulassungs-Nr.: Wo GZ58U